PROTOKOLL

über die 21. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 26. November 1981, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:
Bürgermeister Franz Weiss

VIZEBÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:
Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Walter Heumann
Karl Hochrathner
Karl Holub
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Ottilie Liebl
Winfried Mausz

Franz Mayr
Josef Radler
Erich Sablik
Erwin Schuster
Ernst Seidl
Rudolf Steinmaßl
Franz Steinparzer
Otto Tremel
Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenats-
rat Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stv.
Senatsrat Dr. Franz Knapp
Kontrollamtsdirektor Ober-
amtsrat Alfred Eckl
Präsidialdirektor Oberamts-
rat Roland Postler
Direktor OAR. Robert Schiederer
Rechnungsdirektor Oberamts-
rat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÖHRER:
OAR. Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kennntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 Stadtstatut

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates

GHJ 2 - 1956/81 Ha - 4662/81	Sportplatz Taborschule; Kunststoffbelagsarbeiten. Fotogruppe der Naturfreunde; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
San - 5961/81	Ärztlicher Funkdienst in Steyr; Kostenbeteiligung 1981.
SH - 1767/78	Eichberger Hannelore; Einkauf von Versicherungszeiten; Übernahme des Einkaufsbetrages durch die Stadt Steyr.
Bau 5 - 3550/77	Umbau des Volkskins zu einem Kulturzentrum; Aufstockung des Planungshonorares.
Präs - 782/81 Ha - 5652/81	Ankauf von Bildbänden "Steyr" vom Verlag Gutenberg. Komitee der Stadt Steyr für Internationale Städtefreundschaften; Gewährung einer Subvention zur Führung der laufenden Vereinsaufgaben.
Bau 5 - 3550/77	Stadttheater; Bodenbelagsarbeiten im Garderobebereich.
Bau 3 - 1501/72	Baulos "Märzenkellerumfahrung" - Bauabschnitt "Straßenbau Damberggasse"; Kanalherstellung und Straßenbeleuchtung - Baumeisterarbeiten.
ÖAG - 4175/81	Müllwägen; Ankauf von Winterreifen.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BORGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs - 804/81 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung 1981 an Mitglieder des Österr. Roten Kreuzes.

BERICHTERSTATTER VIZEBORGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 2) Bau 3 - 5087/81 Wohnbauvorhaben Ortskai I und Ortskai II; Aufschließung; Vorfinanzierung.
- 3) ÖAG - 5107/81 Ankauf der Liegenschaft EZ. 1816, 243 KG Steyr und EZ. 99, KG Sarning, von Brunhilde Neudeck, Inge Löbl, Helga Lechner und Dipl.-Ing. Eberhard Neudeck.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 4) Ha - 4960/80 Voranschlag 1981; teilweise Aufhebung der Kreditsperre.
- 5) Ha - 4960/80 Nachtragsvoranschlag 1981; teilweise Aufhebung der Kreditsperre.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

- 6) SH - 2511/81 Zentralaltersheim der Stadt Steyr; Heimkostensätze; Wegfall der Umsatzsteuer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 7) Wa - 4125/73 Mülldeponie Steyr; Errichtung eines Sperrbrunnens sowie einer Beobachtungssonde.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 8) Bau 6 - 6488/76 Kanalisation der Stadt Steyr, BA 04; Errichtung der Kanalisation Steyr-Münichholz, Hinterbergstraße - Nord.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 9) Bau 6 - 3963/79 Wiederherstellung der Fahrbahnbefestigung im Bereich des Ennskais von Zwischenbrücken bis Obere Kaigasse.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren! Mit einer kleinen Verspätung darf ich Sie begrüßen zur heute einberufenen Gemeinderatssitzung. Ich stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde. An Entschuldigungen für heute wären zu nennen die Herren Gemeinderäte Feuerhuber, Manetsgruber, Pimsl, Reisner und Schwarz. Die Beschlußfähigkeit der heutigen Sitzung ist aber voll gewährleistet. Ich darf als Protokollprüfer für heute vorschlagen die Herren Gemeinderäte Eichhübl und Zagler. Ich darf die Zustimmung der beiden Herren voraussetzen. Von Herrn Gemeinderat Zagler ist sie bereits erfolgt und von Herrn Gemeinderat Eichhübl werde ich sie sicherlich noch bekommen. Danke. Anfragen liegen bei mir keine vor, so kann ich diesen Punkt als erledigt ansehen. An Mitteilungen meinerseits habe ich Ihnen einige zu bringen. Zunächst einmal, daß ich von einigen Herren, von öffentlichen Vertretern und Privatpersonen zum Ableben meines Amtsvorgängers, Altbürgermeister Fellingner, verschiedene Trauerkundgebungen erhalten habe, so z. B. von Dr. Martin aus der Partnerstadt Plauen, von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Possart, von Altlandtagspräsidenten Dr. Stemmer und auch von verschiedenen privaten Personen. Ich darf das als eine Wertschätzung für den Verstorbenen betrachten und dies wird auch im Protokoll vermerkt werden. Ich komme weiter zu einem Bericht über die Arbeitsmarktlage, der das Arbeitsgebiet Steyr betrifft. Hier ist aber einbezogen ein Teil des Raumes Kirchdorf, wie es eben zum Arbeitsamt Steyr gehört. Hier ist trotz der schon längerzeitig bemerkbaren weltweiten und auch teilweise in Österreich anfallenden Sorgen - was die Beschäftigung betrifft - für unseren Bereich noch einigermaßen eine beruhigende Situation vorhanden, soweit man das eben in dieser schnellebigen Zeit überhaupt immer feststellen kann. Tatsache ist jedenfalls, daß es bis heute zu keinem spektakulären Beschäftigungseinbruch in unserem Raum gekommen ist. Es besteht allerdings bereits ein Ungleichgewicht von der Zahl der offenen Stellen zu den Arbeitssuchenden. Dieser Trend hat sich etwas verstärkt und in den Branchen unterschiedlich aber auch hier generell gesehen, einigermaßen eine beruhigende Aussicht in der eisenverarbeitenden Industrie sind ausreichend Aufträge vorhanden. Die Bereitschaft zu Neueinstellungen ist beträchtlich abgesunken und das macht sich auch bemerkbar in der Differenz zwischen offenen Stellen und zwischen der Zahl der Arbeitssuchenden. Die Personaleinstellungen beim Motorenwerk im kommenden Jahr, das wurde von Assessor Doppelfeld anlässlich der vorigen Festsitzung festgestellt, daß die Zahl der Mitarbeiter ungefähr 500 beträgt, nächstes Jahr bei Vollbetrieb anzunehmen sein wird, aber insgesamt rund 1500 Arbeitsplätze angeboten werden können. Die Bauwirtschaft lebt nicht unerheblich auch von öffentlichen Aufträgen, insbesondere hier wiederum von der Stadt Steyr, die Durchbeschäftigung wird etwas geringer sein als sonst, Freistellungen größeren Ausmaßes sind aber nicht zu vermerken. Hier darf ich doch wohl der Vollständigkeit halber unsere Kanalbauwerke in den Vordergrund heben und wenn ich die Gesamtzahl der Vorhaben hier zusammenfasse, werden aufgrund der erfolgten Ausschreibungen und aufgrund der jetzt im Gang befindlichen Ausschreibungen und zum Teil im Gang befindlichen Bauwerke vom Reinhaltungsverband Steyr in dessen Programm - das läuft bis 1985 - 210 Millionen Schilling aufzuwenden sein und die Stadt Steyr hat allein in ihrem Kanalbaubereich 42 Millionen Schilling aufzuwenden. Aus unserem Jahresbudget wissen wir, daß sich das von Jahr zu Jahr wieder ergänzt, sodaß die städtischen Aufgaben hier doch einigermaßen auch zur Beschäftigung in der Bauwirtschaft beitragen können. Ich möchte nicht verschweigen, daß hier einige Schwerpunkte vorhanden sind, z. B. die Lauberleite mit dem Pumpwerk, diese Kanalstrecke umfaßt einen Betrag von 32 Millionen, Münichholz Hauptsammler 9, das sind die Verbandskanäle, Zwischenbrücken bis Garsten wird 13 Millionen Schilling verlangen, die Pumpwerke dazu das sind rund 1,5 Millionen, die Anschlußkanäle sind 2 bzw. 1,5 Millionen. Hier wieder größere Brücken, der Düker I samt Pumpwerk C, das ist in Ausschreibung begriffen,

der Düker II, der das Münchenholz anschließen wird an die zu errichtende Kläranlage wird 12 Millionen Schilling kosten und die zentrale Kläranlage, für die wir 5 Jahre vorher als ursprünglich beabsichtigt die Mittel vom Wasserwirtschaftsfonds zugesprochen erhielten, wird 125 Millionen Schilling erfordern und vermutlich wird im Frühjahr der Bau begonnen werden. Wenn ich die städtischen Kanäle hier heranziehe, die Hinterbergstraße ist mehr oder weniger für die Motorenfabrik gebaut, Münchenholz ist in Ausschreibung begriffen. Hier ist der Umfang etwa 30 Millionen Schilling, das ist sicherlich für die Münchenholzer nicht unbedeutend, denn, wenn es fertig ist, wird es wieder sehr ruhig sein, während der Bauzeit wird es vermutlich dort und da einigermaßen erschwerende Umstände geben. Die Hausleiten, Steinwändweg ist in Ausschreibung mit 3,5 Millionen Schilling, die Ennsleite ist in Ausschreibung mit rund 5,2 Millionen und die Kanalisation Infang Süd mit 1 Million. Dann kommt noch die Reithoffergasse hinzu. Wir sehen, daß wir als Gemeinderat ein nicht unbeträchtlicher und nicht unbeachtlicher Auftraggeber für die Bauwirtschaft insbesondere was den Tiefbau anlangt sind.

Die Fragen, die in der letzten Sitzung - in der Informationssitzung vor zwei Tagen - behandelt wurden, sind erfreulicherweise einstimmig, so wie sie vorgetragen wurden, beschlußmäßig erledigt worden im Sinne einer Weiterführung der bisherigen Arbeiten. Hier darf ich den Tomitzstraßenabstieg zitieren, der nunmehr in ein entscheidendes Stadium der Weiterplanung und natürlich auch dann gemäß Auftrag vom Dienstag in eine Bauvergabe umgewandelt werden kann. Fußgängerüberführung Blümelhuberberg ist die Unterführung als Lösung entschieden worden. Es wird sich hier noch allerdings was die Grundverhandlung betrifft eine kleine Schwierigkeit ergeben, denn wir müssen Privatgrund auf einer Seite in Anspruch nehmen. Ich hoffe, daß die Gespräche aber doch zu einem erfolgreichen Abschluß führen, damit rasch die Bauvergabe erfolgen kann. Wehrgraben 1, hier wurde Ihnen berichtet. Es ist ein neuer Bebauungsplan in Aufbereitung und die entsprechenden Anträge werden Ihnen noch zeitgerecht zugehen zur Beschlußfassung. Was die Sicherung der Uferwege anlangt, haben Sie die Berichte schon in der letzten Sitzung am Dienstag gehört. Hier sind neue Situationen insofern eingetreten, als ich nun in der Lage bin, aufgrund der Vorverhandlungen nunmehr schriftlich von der Steyr-Daimler-Puch AG, von Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger, eine erfreuliche Mitteilung weiterzugeben, die ich vollinhaltlich vorlese: "Verehrter Herr Bürgermeister! Bezugnehmend auf oben angeführtes Schreiben - es betrifft die Grundüberlassung - darf ich Dir mitteilen, daß der Vorstand der Steyr-Daimler-Puch AG beschlossen hat, der Stadtgemeinde Steyr das Grundstück Unterer Schiffweg nicht nur schenkungsweise zu überlassen, sondern darüber hinaus einen Sanierungsbeitrag für den rutschgefährdeten Hang in der Höhe von 1 Million Schilling zu leisten. Ich hoffe, daß wir damit einen Beitrag im öffentlichen Interesse geleistet haben und verbleibe...". Ich glaube, das ist eine äußerst erfreuliche Nachricht. Damit steht den Arbeiten nichts im Wege, die bescheidenen 6 %, die noch in privater Hand dann sind, werden wir sicherlich im Zuge unseres eigenen Auftrages miterledigen können und auch die Grundeigentümer werden froh sein, wenn sie eine Last von sich bringen. Der Bebauungsplan Gleink ist Ihnen auch vorgelegt worden.

Zum Schiffweg möchte ich noch hinzufügen. Hier sind weisungsgemäß von mir schon Verfügungen hinausgegangen. Die Baufirma ist verständigt, daß sie unverzüglich mit dem Bau beginnen soll und hat dann mit den ersten Einrichtungen angefangen. Das bedarf natürlich schon einer gewissen Vorbereitungszeit, wenn so rasch ein Auftrag ergeht, sodaß wir nicht heute schon die Arbeiter sehen können. Es sind alle Maßnahmen eingeleitet, damit rasch die Baudurchführung erfolgen kann. Was die Lauberleite betrifft, hier ist bereits ein Schreiben vom Magistrat an den Hauptgrundbesitzer

Sandmayr ergangen. Wir erwarten von ihm eine Stellungnahme. Nach dieser wird der Gemeinderat neuerdings informiert über das weitere Vorgehen. Die Rohrbrücke über die Enns wird vermutlich noch heuer benützbar werden. Wir werden uns noch einigen müssen, wann wir sie offiziell der Bestimmung zuführen. Ansonst habe ich nur noch mitzuteilen, daß am Donnerstag, dem 3. Dezember, eine Besprechung im Parlament bei Bautenminister Sekanina auf dessen Einladung stattfindet, und zwar über die S 37. Es wird dort auch ein Vertreter der Schutzgemeinschaft vermutlich anwesend sein. Es werden vom Land Oberösterreich - so nehme ich an - der Herr Landeshauptmann und der zuständige Landesrat Winetzhammer bei dem Gespräch ebenfalls dabei sein. Wir erhoffen uns von einer direkten Aussprache in diesem Punkt doch endlich einmal ein gemeinsames Vorgehen und eine Erledigung im Sinne der 15jährigen Planungen.

Meine Damen und Herren, außer daß es hier noch Mitteilungen gibt über den Kindergarten Resthof, der - das sage ich jetzt für die Presse, Sie wissen das ja bereits - am 1. Dezember eröffnet wird, die offizielle Bestimmungsübergabe wird am Freitag, dem 11. Dezember um 10 Uhr vor sich gehen. Bitte das nochmals terminmäßig in Vormerkung zu nehmen.

Die Lauberleite wird wahrscheinlich - um nochmals darauf zurückzukommen - kostenmäßig kaum unter dem Schiffweg liegen, der Betrag beträgt beim Schiffweg S 2,800.000,- Bestbieterpreis. Ich nehme an - das ist eine persönliche Schätzung - , daß die Lauberleite etwas teurer kommt. Wenn wir hier zusammenfassen, was der Gemeinderat an Leistungen für die bessere Nützung des Freizeitgeländes an der Enns nunmehr an Beträgen freizugeben hat, werden hier zwischen 10 und 12 Millionen Schilling eingesetzt. Einerseits sind hier inkludiert die 5 Millionen Schilling Mehrkosten für die Fußgängerbrücke, die zuerst als Rohrbrücke nur 7 Millionen Schilling gekostet hätte, nunmehr als Fußgängerbrücke und Rohrbrücke kombiniert 12 Millionen Schilling erfordert. Die Kosteneinsätze beim Schiffweg und bei der Lauberleite, wenn wir das zusammenrechnen, werden dem Gemeinderat Kosten von etwa 10 bis 12 Millionen Schilling ins Haus stehen zur Beschlußfassung. Damit ist ein erheblicher Beitrag geleistet für die Nutzung für die schönen, am Wasser gelegenen Erholungs räume.

Ich darf noch hinzufügen, daß heute hier ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt wurde von den vier Fraktionen und diesen Dringlichkeitsantrag werden wir ja gemäß unseres Statutes und der Geschäftsordnung am Ende der Tagesordnung behandeln. Ich habe ihn hier dem Baureferenten, Herrn Stadtrat Wallner, zum Vortrag zugewiesen. Wir werden uns dann noch mit dem befassen. Damit habe ich nun keine Mitteilungen mehr zu machen und ich darf diesen Punkt abschließen. Für die Kenntnisnahme von Beschlüssen, die der Stadtsenat getroffen hat, liegen Ihnen die Unterlagen vor. Ich darf nur darauf verweisen, daß Sie schon früher dazu die nötigen Amtsanträge erhalten haben, sodaß ich dazu einerseits die Beschlußfassung sowieso erübrigt und andererseits ein einzelner Vortrag. Damit kommen wir zu Punkt 5 der heutigen Sitzung, das ist die Behandlung der Verhandlungsgegenstände und hiezu ersuche ich, daß Kollege Schwarz während meines Vortrages die Vorsitzführung übernimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ordnungsgemäß, meine Damen und Herren, schreite ich so wie Sie zum Pult, wenn Sie Beiträge leisten zur heutigen Sitzung. Ich habe lediglich einen Antrag vorzulegen, der die Verleihung der Rettungsverdienstmedaille betrifft an verdiente Mitglieder der Österreichischen Roten Kreuzes, der Bezirksstelle Steyr-Stadt. Es ist dies ein Antrag des Stadtsenates an den

Gemeinderat und er lautet:

1) Präs - 804/81

Rettenungsverdienstmedaille der Stadt
Steyr; Verleihung 1981 an Mitglieder
des Österreichischen Roten Kreuzes

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete
des Rettungswesens wird an folgende Personen die Rettungs-verdienstmedaille
der Stadt Steyr verliehen:

In Gold (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit):

Lorenz Karl,	geb. 1917	25 Jahre
Ruttensteiner Berth.,	geb. 1934	27 Jahre
Lederhilger Hilda,	geb. 1924	29 Jahre

In Silber (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):

Bogner Karl,	geb. 1916	23 Jahre
Heindl Hans,	geb. 1914	22 Jahre
Hanslik Helmut,	geb. 1939	21 Jahre
Svozil Franz,	geb. 1920	22 Jahre
Herbert Franz,	geb. 1939	20 Jahre
Putz Johann	geb. 1931	25 Jahre
Achmund Franz	geb. 1932	23 Jahre
Kranzl Willibald,	geb. 1931	20 Jahre
Tauschek Karl,	geb. 1926	20 Jahre
Svozil Leopoldine	geb. 1921	21 Jahre

In Bronze (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit):

Sergl Franz,	geb. 1946	15 Jahre
Demlmayr Maria,	geb. 1911	16 Jahre

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag beizupflichten.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag des Herrn Bürgermeisters gehört. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Ich sehe, dies ist nicht der Fall. Darf ich Sie bitten, wenn Sie mit diesem Antrag einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Gegenstimmen sind auch nicht zu verzeichnen. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke für den Bericht. Ich ersuche nun den Herrn Bürgermeister um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für die zwischenzeitliche Arbeit. Wir schreiten weiter und als Nächstem darf ich Kollegen Schwarz das Wort zuteilen.

BERICHTERSTATTER VIEZBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, geht es um die Genehmigung von Vorfinanzierungen für den Wohnbau Ortskai I und II. Sie wissen alle, daß der Baufortschritt bei diesen beiden Bauten soweit gediegen ist, daß nunmehr die Aufschließungskosten durchgeführt werden müssen. Wir wollen ja, daß dieses Bauvorhaben zeitgerecht fertig wird, damit die Mitarbeiter der BMW-Steyr, so wie wir es vertraglich auch zugesichert haben, auch zeitgerecht dort einziehen können. Die Mittel aus der Wohnbauförderung reichen natürlich nicht aus, die notwendigen Aufschließungsmaßnahmen dort zu treffen. Es sind jetzt die Wasser- und Kanalzuleitungen zu tätigen, es ist eine eigene Stromversorgung einzurichten für diese Bauvorhaben und es ist außerdem eine Stützmauer für Hochwasserschutz anzufertigen. Ich bitte Sie, den Baufortschritt nicht zu verzögern und zu folgendem

Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

2) Bau 3 - 5087/81

Wohnbauvorhaben der GWG Ortskai I
und II; Vorfinanzierungskosten

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der für die Wohnbauvorhaben Ortskai I und Ortskai II notwendigen Aufschließungsmaßnahmen wird an die GWG ein Finanzierungszuschuß in der Höhe von S 2.000.000,-- geleistet, wobei über die endgültige Höhe und Verrechnungsart nach Fertigstellung des Bauvorhabens entschieden wird. Zur Bezahlung dieses Finanzierungszuschusses wird ein Betrag von S 500.000,-- bei VA-St 5/4890/7773 gewährt und eine Kreditüberschreitung von S 1.500.000,-- bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag vernommen. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe mich zu diesem Punkt nicht zum Wort gemeldet aus dem Grund, daß ich dagegen auftrete und vielleicht die Fertigstellung dieser 37 Häuser für die BMW-Angehörigen zu verhindern. Ich möchte bei dieser Gelegenheit - so wie ich es bereits im Finanz- und Rechtsausschuß zum Ausdruck gebracht habe - doch einiges vermerken.

Immer wieder dann, wenn seitens des Landes uns die Förderungsmittel versagt bleiben, muß die Gemeinde einspringen. Das möchte ich hier ganz klar und deutlich aussprechen, wir haben nicht einmal Geld, wir müssen ja auch diese Mittel aufnehmen und Zinsen dafür bezahlen und wir springen immer ein für Säumnisse, die eigentlich der Landesregierung zustehen. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, auch einiges in Erinnerung zu rufen.

Sie werden sich noch alle gut erinnern als unser Bürgermeister aufgezeigt hat die Benachteiligung der Stadt Steyr in bezug der Zuteilung von Förderungsmittel für den Wohnungsneubau. Wir haben damals gemeinsam entschieden, also die Fraktionsobmänner, an der Spitze der Herr Bürgermeister, bei der zuständigen Stelle, das ist der Landtagsabgeordnete Landesrat Neuhauser, vorstellig zu werden. Dies ist allerdings nicht zustande gekommen, wohl aber ist es zu einem Gespräch gekommen. In diesem Zusammenhang gab Landesrat Neuhauser die Zusicherung, daß in diesem Jahr 1981 und im kommenden Jahr 1982 mehr Förderungsmittel Steyr zukommen werden. Konkret nannte er die Zahl von 321 Neubauwohnungen in Steyr, die gefördert werden. Diese Zusage wurde auch groß veröffentlicht in unserem Amtsblatt - ich glaube, das war im März dieses Jahres -, wo besonders groß herausgestrichen wurde dieses Zugeständnis, in dem festgehalten wird, daß die Neubaukontingente zur Hälfte auf die GWG der Stadt Steyr entfällt und die andere Hälfte auf andere Wohnbauträger. Darunter fallen auch diese 37 Wohneinheiten und gleichzeitig möchte ich auch hier in diesem Zusammenhang erwähnen, daß auch die Zusage gegeben wurde für die Wohnbaugesellschaft der Steyr-Daimler-Puch AG Förderungsmittel für die 27 Reihenhäuser auf der Ennsleite. Es ist sicherlich auch für Sie, meine Damen und Herren, keine Neuigkeit, wenn ich Ihnen sage, auch hier wurde die Zusage bis heute nicht erfüllt, so daß diese Eigenheimbauer auf der Ennsleite gezwungen sind, die Zwischenfinanzierung selbst durchzuführen. Bis jetzt hat es so ausgesehen, daß

monatliche Kosten in der Höhe von rund 6.000 Schilling anlaufen werden, nachdem aber hier diese Mittel nicht bereit gestellt werden, würden für diese Eigenheimbesitzer die Kosten 12.000 S und mehr ausmachen. Manche davon verdienen im Monat nicht einmal so viel. Aus dem Grund würde ich ersuchen, daß neuerdings eine Delegation vorgeschlagen wird, wiederum mit Herrn Bürgermeister und den Fraktionsobmännern an der Spitze, zur Landesregierung, um zu intervenieren, wie es schon einmal versucht wurde – darüber wurde ich informiert – seitens der Stadt in Verbindung mit Betriebsräten der Steyr-Werke. Das ist aber leider ohne Erfolg geblieben. Daher mein Ansinnen, daß neuerdings eine Delegation zusammengestellt wird, die nach Linz zum Wohnbaureferenten fährt und dieses Versprechen urgieren und gleichzeitig verlangt, daß diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch diese Delegation erfolglos nach Steyr zurückkommen sollte, dann glaube ich, wäre es auch Verpflichtung unsererseits, also des Gemeinderates, daß wir auch den Angehörigen der Steyr-Werke, die diese 27 Eigenheime auf der Ennsleite bauen, daß auch hier eine sogenannte Zwischenfinanzierung angestrebt wird. Und zwar nicht in der Form, daß diese Mittel von der Gemeinde fließen sollen, sondern ich verlange konkret, daß die Steyr-Werke diese Vorfinanzierung in diesem Fall tätigen sollen. Ich hoffe, daß auch die anderen Parteien dieser Aufforderung nachkommen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Es hat sich niemand zu Wort gemeldet, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, die Ausführungen von Kollegen Tremml veranlassen mich, zur Problematik der Wohnbauförderung einiges zu sagen und möchte auch einige persönliche Gedankengänge aussprechen. Die Entwicklung auf dem Sektor der Mittel hat sicherlich auch Herr Landesrat Neuhauser nicht immer ganz genau voraussagen können, weil aus diesem Topf – das habe ich hier schon mehrmals gesagt – also aus dem Topf der Wohnbauförderung nicht nur die Mittel genommen werden zur unmittelbaren Förderung des Wohnbaues, sondern aus diesem Topf werden auch die Mittel für die Subjektförderung entnommen. Durch diese zusätzliche Belastung – meines Erachtens nach ist das eine soziale Maßnahme und wäre unter Umständen legislativ anders zu regeln, ich betone das immer wieder. Es wäre dann für die direkte Wohnbauförderung sicher mehr Geld vorhanden, aber aus diesem Grund ist es eingetreten, daß die – das trifft zu – tatsächlich gemachten Zusagen zumindest nicht im vorgesehenen Ausmaß eingehalten werden konnten. Zur Anregung von Kollegen Tremml, daß eine Delegation nach Linz zu Landesrat Neuhauser fahren soll, um hier zu urgieren, möchte ich sagen, daß bereits eingeleitet ist das jährliche Gespräch mit Herrn Landesrat, das zu Beginn des Jahres 1982 hier wieder in Steyr stattfinden wird. Ich darf versichern, ich war auch kürzlich im Zusammenhang mit einem solchen Problem bei Herrn Landesrat, und er hat mir versichert, daß er alles tun wird – in diesem Gespräch wird vielleicht die Möglichkeit sein, unsere besondere Problematik genauer zu erläutern – um seine Zusagen entsprechend einzuhalten. Ich glaube aber, daß neben diesen Problemen, die hier gegeben sind, wir als Stadtgemeinde Steyr verpflichtet sind, denn wir haben das nicht nur bei diesem Wohnbau vor, sondern haben Zuschüsse in ähnlicher Form für Aufschließungsmaßnahmen auch in anderen Gebieten bereits getätigt.

Auch aus diesem Grund ersuche ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort. Wir stimmen über den Antrag ab. Ist jemand gegen den gestellten Antrag? Niemand. Enthaltungen? Es liegen ebenfalls keine vor, der Antrag ist daher einstimmig beschlossen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag geht es um einen größeren Grundstücks-

ankauf in unmittelbarer Nähe des Stadtzentrums. Aus diesem Anlaß erscheint es mir erforderlich, daß ich doch einige wesentliche Teile aus dem Amtsbericht zitiere. Architekt Dipl. Ing. Eberhard Neudeck hat im eigenen Namen und namens seiner Mitbesitzer Brunhilde Neudeck, Inge Löbl und Helga Lechner der Stadt Steyr die ihnen gehörigen Liegenschaften an der Stelzhamerstraße zum Kauf angeboten. Es handelt sich dabei um das Areal der ehemaligen Parkettenfabrik samt den dazugehörigen Büro- und Betriebsgebäuden. Das gesamte Areal ist 8611 m² groß und zerfällt grundbücherlich in drei Liegenschaften. In der Natur sind die drei Liegenschaften zusammenhängend und stellen ein einheitliches Areal dar. Sie sind mit Ausnahme eines Geh- und Fahrrechtes zugunsten der OKA, die dort eine Trafostation unterhält, unbelastet. Die auf den Liegenschaften befindlichen Objekte stellen Büro- und Betriebsgebäude dar und befinden sich nach einem Gutachten des technischen Bausachverständigen des Stadtbauamtes in durchaus gutem Zustand. Die gesamte Liegenschaft ist voll aufgeschlossen, sowohl Anschlüsse an das Kanalsystem, an die Wasserleitung und das Stromnetz sind vorhanden. Bezüglich der Stromlieferung ist die Leistungsbereitstellung der OKA durch einen Summentarifanschlußwert von 80 kW vorhanden. Die Grundabtretungen für die Bauplatzschaffung und für die Aufschließung wurden von den Vorbesitzern mit dem Magistrat vollständig geregelt, so daß das vorhandene Gelände als Nettobauland qualifiziert werden kann. Die Hallen sind als Verkauf- und Lagerräume vermietet, und zwar wie folgt:

Über Teile des Mietobjektes Stelzhamerstraße 28 besteht ein mündlicher Mietvertrag mit der Firma Huber Fliesen, Kremsmünster, auf der Basis eines von einem Zeugen unterfertigten Konzeptes. Das Mietverhältnis hat am 1. 3. 1974 begonnen und war auf die Dauer von fünf Jahren unkündbar. Es ist daher jetzt unter Einhaltung der üblichen Kündigungsfrist kündbar. Der Mietzins ist wertgesichert und beträgt zuletzt, im Oktober 1981, S 11.166,-.

Ein weiterer Objektteil ist an die Spenglerfirma Vratny GesmbH vermietet. Dieses Mietverhältnis wurde auf sechs Jahre unkündbar, demnach bis 30. 11. 1987 abgeschlossen, danach kann es jederzeit gekündigt werden. Die gesamte Miete der Firma Vratny beträgt nach dem Stand vom Oktober 1981 S 12.902,-. Vermieter sind in diesen Fällen die genannten Miteigentümer Brunhilde Neudeck, Inge Löbl, Helga Lechner und Dipl. Ing. Eberhard Neudeck.

Letzterer hat die ihm allein gehörige Liegenschaft EZ 2432, KG Steyr, an Frau Elfriede Langer, Steyr, Adalbert Stifterstraße 19, vermietet. Dieser Vertrag wurde ab 1. 10. 1981 abgeschlossen, das Original des Vertrages wurde von der Mieterin zwar noch nicht unterschrieben, sie hat jedoch die erste Mietzinszahlung für Oktober 1981 vorgenommen, weshalb das Mietverhältnis als zustandegekommen betrachtet werden kann. Dieses Mietverhältnis ist auf fünf Jahre unkündbar abgeschlossen, die derzeitige Miete beträgt S 9720,- inklusive Mehrwertsteuer.

Man kann daher sagen, daß die Gebäude durchaus ertragbringend vermietet sind. Architekt Dipl. Ing. Eberhard Neudeck und Mitbesitzer verlangen für das gesamte Areal einen Kaufpreis von S 850/m² als reinen Grundpreis. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die ursprüngliche Verhandlungsbasis S 1.000,- gewesen ist, daß also hier im Verhandlungsweg eine sehr wesentliche Verbesserung eingetreten ist.

Im vorliegenden Fall kommt dazu, daß die Liegenschaften, wie erwähnt, für jede Art der Bebauung voll aufgeschlossen sind. Dazu kommt noch die Bewertung der Bauwerke, so daß sich ein Gesamtkaufpreis von S 9.000.000,- ergibt.

Bezüglich der Mietverträge ist zwar zu berücksichtigen, daß hier kurzfristige Bindungen vorliegen, jedoch wird eine Verwertung der Liegenschaft, besonders für Wohnzwecke, an betrachts der letzten Äußerungen, die hier gefallen sind, sicher nicht in unmittelbarer Kürze zu erwarten sein, wenn ich das so formulieren darf. Es sind ja bei der Wohnbauförderung derzeit längere Wartezeiten gang und gäbe. Es scheint mir daher, daß diese Hindernisse, sofern sie als solche angesehen werden, als nicht gerechtfertigt für einen Nichtkauf sind. Es scheint auch, daß auf Grund der Situation der Kaufpreis gerechtfertigt ist.

Bezüglich der Kaufpreisentrichtung wäre die Hälfte, demnach S 4.500.000,-, bei Vertragsunterfertigung zu bezahlen, während die andere Hälfte bis 31. 1. 1982 zu entrichten

wäre. Die Verkäufer verlangen in diesem Fall allerdings eine Wertsicherung mit 5 % Schwankungsklausel, so daß nicht anzunehmen ist, daß in der kurzen Zeit von zwei Monaten hier neuerlich Beträge anfallen. Es wäre natürlich auch möglich, diesen Kaufpreis früher zu erlegen. Umgelegt auf den Quadratmeter ergibt sich ein Gesamtkaufpreis von rund S 1054,-/m² für Grund und Gebäude.

Mit dem Verkauf des Areals will Architekt Dipl. Ing. Eberhard Neudeck auch die Verpflichtung verbunden wissen, daß ihm die Generalvollmacht für Planungs- und Bauleitungsarbeiten im Falle einer Verbauung dieser Liegenschaften übertragen wird, wobei diese Verpflichtung von der Stadt vertragsmäßig zu übernehmen und bei Weitergabe der Liegenschaft oder von Teilen derselben auf die jeweiligen Rechtsnachfolger zu überbinden ist. In diesem Zusammenhang hat Dipl. Ing. Eberhard Neudeck folgende Erklärung abgegeben: "Unter der Voraussetzung, daß ich mit den Planungs- und Bauleitungsarbeiten im Rahmen eines Generalbevollmächtigtenauftrages für die erwähnten Liegenschaften betraut werde, erkläre ich mich bereit, die Kosten für die Bauplatzfreimachung, und die notwendigen Abbrucharbeiten für meine Rechnung durchzuführen. Diese Zusage gilt natürlich auch für eventuelle Rechtsnachfolger". Die Übernahme dieser Abbruchleistungen, ohne Verrechnung von Kosten an den Grundeigentümer, ist bedeutend, da es sich um eine große Objektsanlage mit etwa 4600 m³ umbauten Raum handelt. Weiters hat sich Dipl. Ing. Eberhard Neudeck der GWG gegenüber verpflichtet, bei positiver Erledigung dieses Rechtsgeschäftes auch die Abbrucharbeiten für die sogenannte Mösenbachervilla in der Reithoffergasse auf seine Rechnung so durchzuführen, daß der GWG keinerlei Kosten erwachsen.

Auf Grund dieser Umstände stelle ich nunmehr an den Gemeinderat folgenden Antrag:

3) ÖAG-5107/81

Ankauf der Liegenschaften EZ 1816, 243 KG Steyr und EZ 99, KG Sarning, von Brunhilde Neudeck, Inge Löbl, Helga Lechner und Dipl. Ing. Eberhard Neudeck.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsdirektion, Rechtsreferat, vom 30. 10. 1981, wird dem Ankauf folgender Liegenschaften zugestimmt:

- a) Der EZ 1816, KG Steyr, im Ausmaß von 6925 m² und der EZ 99, KG Sarning, im Ausmaß von 487 m² von Frau Brunhilde Neudeck, Inge Löbl, Helga Lechner und Dipl. Ing. Eberhard Neudeck zum Preise von S 7.000.000,-;
- b) dem Ankauf der Liegenschaft EZ 2432, KG Steyr, im Ausmaß von 1199 m² von Dipl. Ing. Eberhard Neudeck zum Preise von S 2.000.000,-;
- c) im Zusammenhang mit dem Abschluß der Kaufverträge wird die Verpflichtung übernommen, im Falle einer Verbauung dieser Liegenschaften Architekt Dipl. Ing. Eberhard Neudeck mit der Generalvollmacht für Planungs- und Bauleitungsarbeiten zu betrauen. Die Mietrechte an den erworbenen Liegenschaften laut eingangs erwähntem Amtsbericht werden zur Kenntnis genommen. Die Bezahlung des Kaufpreises hat in einem Betrag von S 4.500.000,- bei Vertragsunterfertigung und hinsichtlich eines weiteren Betrages in dieser Höhe am 31. 1. 1982 bei Vereinbarung einer Wertsicherung mit 5 % Schwankungsklausel zu erfolgen. Zur Bezahlung des Gesamtkaufpreises für die erwähnten Liegenschaften, einschließlich der öffentlichen Abgaben, im Gesamtbetrag von S 9.810.000,- wird im Verrechnungsjahr 1981 ein Betrag von S 1.089.000,- bei VA-St 5/8400/0010 freigegeben und eine Kreditüberschreitung von S 8.721.000,- bei derselben VA-St. bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Aufnahme von Darlehen.

Ich darf Sie nochmals um Ihre Zustimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Mir liegen bis jetzt zu diesem Antrag zwei Wortmeldungen vor. Die erste von Vizebürgermeister Fritsch, die zweite von Gemeinderat Tremml. Dann hat sich noch gemeldet Gemeinderat Mausz und Gemeinderat Feuerhuber.

Ich bitte um die Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist ja kein Geheimnis, – das nehme ich gleich vorweg – daß meine Fraktion diesem heute gestellten Antrag nicht die Zustimmung geben wird. Die Begründung dafür haben wir zum Teil im Finanz- und Rechtsausschuß gegeben, aber ich glaube, es ist wesentlich, doch auch ein bißchen auf die Chronologie einzugehen, um die Ablehnung und die Begründung dafür verständlich zu machen.

In der Stadtsenatsitzung, als dieser Antrag zur Beschlußfassung heranstand, und zumindestens meine Fraktion kurzfristig – wie üblich – mit der Problematik betraut und vertraut gemacht wurde, waren unsere Überlegungen doch dahingehend, hier in dem Vertrag zwei Dinge einer im Sinne der Stadt vielleicht günstigeren Regelung zu unterziehen. Das erste sind die Mietverträge und die Mietverhältnisse, die – wie Sie ja bereits von Kollegen Schwarz gehört haben, der mir liebenswürdigerweise die Arbeit abgenommen hat – bereits aus dem Amtsbericht erkennbar waren. Mietverträge, die auf die Dauer von über fünf Jahren hinausreichen, sind für den präsumtiven Käufer – eigentlich kann man gar nicht sagen präsumtiver, sondern wirklicher Käufer, wir haben es ja heute schon im Tagblatt lesen können – sicherlich nicht unbedingt vor Vorteil. Noch dazu, wo die Verhandlungen des Verkäufers mit der Gemeinde nicht erst innerhalb von zwei oder drei Tagen aus der Letztzeit stammend geführt wurden, sondern sich schon etwas länger hinziehen. Wo also auch der Verkäufer gewußt hat, daß ein lastenfrei übergebenes Grundstück für den Käufer wesentlich mehr Vorteile bietet, hat er doch am 1. 10. 1981 einen auf mindestens fünf Jahre gebundenen Mietvertrag abgeschlossen. Das heißt also, die Stadt Steyr, so sie als Käufer auftritt, ist nicht in der Lage, vor dem Jahre 1986, 1981 und 5 ist 1986, also 1987 aus dem Vratny-Vertrag – wenn ich ihn so bezeichnen kann – dort überhaupt etwas zu machen. Das war mithin eines unserer Argumente, um zu sagen, stellen wir bitte den Antrag dahingehend zurück, daß erstens die Mietverhältnisse geklärt werden und die Auflösung der Mietverhältnisse, die ja in erster Linie im Interesse des Verkäufers und nicht des Käufers zu liegen wären und wir gleichzeitig erklärt haben, es bestünde auch die Möglichkeit, wenn Grundstücke derzeit nicht lastenfrei übergeben werden können, zumindestens den Kaufpreis dahingehend zu halbieren, daß erst bei der lastenfreien Übergabe des Grundstückes die zweite und letzte Kaufpreisrate übergaben werden könnte.

Ein zweites gravierendes Moment, meine sehr geehrten Damen und Herren, für meine Fraktion war die Junktimierung des Kaufes bzw. Verkaufes mit der Erteilung einer Generalvollmacht. Hier sehen wir unreelle Wettbewerbschancen für alle anderen Architekten, denn mit der Erteilung dieser Generalvollmacht ist automatisch jede sich nur denkbare Bindung eingegangen worden. Das waren zwei Begründungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die uns zuerst die Bitte, dann den Antrag auf Zurückstellung und neuerliche Behandlung stellen ließen. Der Antrag ist aber von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. In der Zwischenzeit darf man aber doch noch ein paar andere Gedanken hinzufügen. Ein Grundstückspreis, wenn auch mit Gebäuden, von 1.000 Schilling pro Quadratmeter, ist ein stolzer Preis. Es ist ein Preis, der landauf, landab nur für völlig geräumte Grundstücke an und für sich zum Tragen kommt. Man darf auch nicht vergessen, dabei zu überlegen, so dort dann in ferner Zukunft Wohnbauten errichtet werden, als Grundstücksanteile in die Mieten hinein gerechnet werden müssen. Sie kennen die derzeitigen Mietengrößen und Sie können sich auf Grund der gesamten Entwicklung ausrechnen, wie dann überhaupt Mieten unter Zugrundelegung dieses Preises ausschauen werden.

Eine weitere Überlegung, meine Damen und Herren, ist die Frage, ob es in der jetzigen Wohnbausituation – man kann sie von verschiedenen Seiten her betrachten – überhaupt noch sinnvoll ist, entsprechende Grundstücke gewidmet für Wohnungen, Grundstücke in dieser Größenordnung anzukaufen. Man könnte sagen, wir schaffen uns Grundstücksreserven, dem gegenüber liegt die Stagnation auf dem Wohnbausektor nicht in Steyr allein, sondern generell bezogen auf Oberösterreich und sogar Österreich. Als Argument dazu möge auch noch dienen, daß auch unsere eigene als GWG, wenn ich sie so bezeichnen darf, Wohnbautätigkeit reduziert wird, vorwiegend in unserem größten Wohnneubaugebiet dem Resthof. Weil mit der Finanzierung, weil mit der Übertragung der Wohnungen an die Mieter es laufend Schwierigkeiten gibt. Es wird also zu diesem Zeitpunkt, auch wenn Ein-

reichpläne in absehbarster Zeit vorgelegt werden, lange Zeit dauern, bis dort überhaupt, ganz egal wer der Wohnbauträger sein wird, ein Wohnungsbau begonnen wird. Da ist die Kostenfrage maßgeblich. Auf Grund der derzeitigen Mietverträge, auf Grund der Summen, die mit Stand Oktober dieses Jahres ausgeführt worden sind, ergibt sich ein genauer Einnahmenertrag von jährlich 405.456 Schilling. Die rund 10 Millionen Schilling, die die Stadt einschließlich der Abgaben aufnehmen werden wird, sind logischerweise zu den hohen Zinssätzen zu verzinsen. Das heißt aber mit anderen Worten – wenn jetzt zufälligerweise, weil der Herr Magistratsdirektor gerade so hinüber schaut aus der Überlegung, wir sind nicht "Friedel mit der leeren Tasche", wir haben das Geld momentan durch erhöhte Einnahmen, – und ich muß gleichzeitig festhalten, daß unter Umständen es so sein wird, daß andere Bauten wieder darlehensmäßig zu bezahlen sind. Das heißt also, die 10 Millionen – das ist ja beweisbar – sind auf dem Darlehenssektor aufzubringen. Bei den heutigen Zinssätzen und da gehe ich bewußt in der Rechnung sehr niedrig, haben wir für diese 10 Millionen jährlich gut 1 Million S an Zinsen zu begleichen. Das ist an der untersten Grenze gehalten und kalkuliert. Wenn ich die Einnahmen gegenüber stelle von rund 400.000 Schilling, so belastet also der Kauf dieses Grundstückes die Stadt Steyr mit jährlich rund 600.000 S alleine an Zinsen. Wenn ich nun im günstigsten Fall kalkuliert sage, in sechs Jahren kann ich mit der Bautätigkeit beginnen, so ist dadurch bedingt – da habe ich noch keine Tilgung eingerechnet – bereits ein Betrag von rund 3,6 Millionen S an echter Zinsenzahlung zu gewährleisten. Ob das, meine Damen und Herren, ein "Geschäft" ist, das wage ich zu bezweifeln. Wir, das heißt meine Fraktion, sind zu der Überzeugung gekommen, daß bei der Übergabe eines nicht lastenfreien Grundstückes zu diesem Preis und daß bei gleichzeitiger Junktimierung mit der Generalvollmacht sich der Gemeinderat, so er diesem Antrag die Zustimmung gibt, für lange Zeit in diesem Bereich Wohnbauten zu errichten in freier Planung die Hände gebunden hat. Es ist noch nie der Fall gewesen, daß Verträge dieser Art mit solchen Junktimierungen überhaupt beschlossen worden sind.

Ich möchte Sie bitten, aus diesem Grund und aus diesen erklärten Begründungen, die uns zur Ablehnung veranlaßten, die Zustimmung zu diesem Antrag nicht zu geben. Das hat – das betone ich ausdrücklich – in keinster Weise mit der Person des Verkäufers oder der Verkäufer überhaupt etwas zu tun, sondern es ist eine rein sachliche Entscheidung, die uns zu diesem Entschluß veranlaßt hat.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe mich schon im Finanz- und Rechtsausschuß sehr lange damit beschäftigt, und versucht, die Mehrheit von diesem Ankauf abzubringen. Mein Vorredner, Kollege Fritsch, hat das von seiner Warte aus, von der Warte der ÖVP, auch klar unterstrichen und ich möchte mich daher nur auf einige wesentliche Punkte beschränken. Mit Rücksicht auf die prekäre Finanzsituation der Stadt Steyr – damit werden wir uns bei einem anderen Tagesordnungspunkt heute noch beschäftigen – ist die KPÖ-Fraktion gegen den beantragten Grundverkauf im Ausmaß von 8.611 m² zum schon erwähnten Kaufpreis von 850 S mit den Objekten, daß uns dieser Grundpreis über 1.000 Schilling kosten würde. Auf dieser Liegenschaft – das wurde auch schon unterstrichen – befinden sich derzeit noch drei Gewerbebetriebe und mir erscheint es wesentlich, daß man anführt, daß nicht nur Betriebe dort bestehen, sondern auch bedienstete Beschäftigte dort sind. Auch hier gibt es keine Klärung – es handelt sich um 10 oder 15 Beschäftigte – und wir wissen, wieviele Mittel wir oft aufbringen, um die Arbeitsplätze in unserer Stadt zu sichern. Aber hier ist die Frage nicht gestellt, was geschieht, nachdem wir die Besitzer dieser Liegenschaft sind, mit diesen Beschäftigten. Außerdem, wie auch angeführt wurde, hat ein Betrieb davon einen unkündbaren Mietvertrag bis zum Jahre 1987 und da wieder mit 6monatiger Kündigungsfrist. Auch darüber gibt es wieder eine Klausel, die Kollege Schwarz nicht erwähnt hat. Darüber hinaus könnte ich mir vorstellen, es müßte nicht unbedingt der Mieterschutz in dieser Frage aktiv

werden, aber es könnte dies die Handelskammer sein, die hier einschreitet, um diesen Firmen Schutz zu gewähren. Auch dadurch könnten größere Schwierigkeiten entstehen. Das heißt, daß frühestens im Jahre 1988, also in 7 Jahren, die Stadtgemeinde auf dieser Liegenschaft Baumaßnahmen durchführen könnte. Da aber – wie bekannt – die Stadt über kein Bargeld verfügt, sondern mit über 300 Mill. Schilling verschuldet ist, ist sie auf Grund dieses Antrages gezwungen, für diesen Grundankauf 10 Millionen Schilling auf dem teuren Kreditmarkt aufzunehmen. Bei einer derzeitigen 11 %igen jährlichen Verzinsung dieses Betrages, ich nehme hier die Laufzeit von 20 Jahren an, müßte die Stadt rund 24 Millionen Schilling für dieses Grundstück ausgeben. Ich korrigiere, denn im Finanzausschuß habe ich ja von einer Verdoppelung gesprochen. Ich habe mich der Mühe unterzogen und habe das nochmals nachgerechnet, es sind weitere 4 Millionen dazu gekommen, es sind also 24 Millionen Schilling. Auch Kollege Fritsch hat vollkommen recht, bis heute hat die Mehrheit des Gemeinderates keine konkreten Vorstellungen gebracht – solche sind auch nicht bei der Einleitung von Kollegen Schwarz ausgesprochen worden – was man eigentlich mit diesem Grundstück im Jahre 1988 vor hat. Wenn die Absicht besteht, dies als Ersatzgrundstück für die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft, im Zusammenhang mit den Straßenbaumaßnahmen in der Tomitzstraße, zu verwenden, dann frage ich auch, wie werden die Mieten dort ausschauen? Wer könnte sich noch eine derartige Miete leisten, wenn es heute schon mit vergünstigt zur Verfügung gestelltem Grund von der Stadtgemeinde an die GWG, teilweise nicht mehr möglich ist, bestimmte Wohnungstypen an den Mann zu bekommen. Jene Kolleginnen und Kollegen, die mit mir im Wohnungsausschuß sitzen sehen doch laufend, daß wir Wohnungen vergeben, diese nicht angenommen werden und daher wieder vergeben werden müssen und diese Wohnungen oft bis heute frei stehen. Wir könnten heute einen öffentlichen Appell hinausgeben, wer wünscht von der Stadtgemeinde eine Wohnung – wir hätten sofort welche, z. B. im Resthof eine mit 123 m² oder in der Neuschönau mit 89 m². Meine Damen und Herren, dies sei zu berücksichtigen, wenn man soviel Geld ausgibt, vorweg ausgibt, daß man gleich sicherstellt, wie wollen wir dieses Grundstück für die Gemeindebürger nützlich verwenden? Dazu kommt noch erschwerend, daß der Verkäufer die Planungs- und Bauleitungsarbeiten im Rahmen eines Generalbevollmächtigtenvertrages für diese Liegenschaft auch vorweg verlangt. Und was mich noch besonders gestört hat, ganz egal wie dieser Baumeister oder Verkäufer heißt, wenn ich beabsichtige, der öffentlichen Hand ein Grundstück zu verkaufen, dann kommt mir komisch vor, wenn man wenige Tage, bevor man Verhandlungen mit der öffentlichen Körperschaft Gemeinde durchführt, noch einen zusätzlichen Mietvertrag abschließt. Nämlich einen Mietvertrag, der am 1. Oktober – das ist ja noch nicht lange her zumindest nicht seit der Amtsbericht geschrieben wurde, wann die Verhandlungen geführt wurden, das weiß ich nicht, weil ich weder im Stadtsenat noch im Präsidium sitze – abgeschlossen wurde und damit auf weitere 5 Jahre dieses Grundstück belastet wurde. Nach dem Amtsbericht zu schließen war 30 Tage später klar, daß dieses Grundstück an die Gemeinde verkauft wird.

Meine Damen und Herren, auf Grund dieser angeführten wenigen Begründungen, die ich jetzt hier angeführt habe, kann meine Fraktion dem Antrag der Mehrheitsfraktion nicht beitreten. Ich weiß aber schon im vorhinein auf Grund der Diskussion im Finanz- und Rechtsausschuß, daß sich auch diese Rede erübrigt hätte, weil fest steht und die Weichen gestellt sind, daß dieser Beschluß heute mehrheitlich, also dieser Grundankauf, zum Schaden der Gemeinde, durchgeführt wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Gemeinderat Mausz, anschließend Feuerhuber und Leithenmayr.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

An und für sich ist die Diskussion gar nicht mehr so interessant, weil ja das Tagblatt bereits gestern gewußt hat, daß der Grund bereits von der Stadt Steyr gekauft wurde. Das steht im gestrigen Tagblatt, die sind scheinbar Hellseher. Man traut anscheinend der Opposition immer noch nicht zu, daß sie vielleicht doch irgendwann einmal die Mehr-

heit umstimmen könnte in einem Punkt. Das könnte ja bei einer Gemeinderatitzung sein. Daher bin ich an und für sich gegen solche Meldungen, wenn dem Gemeinderat vorgegriffen wird. Schließlich und endlich ist der Gemeinderat das Instrument, das direkt vom Volk gewählt ist. Es ist weder der Bürgermeister direkt vom Volk gewählt, noch der Stadtsenat.

Nun zu diesem Grundankauf. Ich kann gleich voreweg nehmen, daß die Freiheitliche Fraktion diesem Kauf nicht die Zustimmung geben wird. Ich kann mich vorerst einmal den Begründungen meiner Vorredner vollinhaltlich anschließen, auch wir haben diese Überlegungen getätigt und haben daraus den Schluß gezogen, daß ein solcher Kauf eigentlich ein Mißgriff ist. Aber vielleicht doch noch einige Gedanken dazu, wie wir dazu gekommen sind. Es ist erstens einmal ein Vertrag mit vielen vielen Zusätzen, nämlich daß - wie es bereits gesagt wurde - der Architekt, der das verkauft, gleichzeitig einen Auftrag, bei dem er wieder verdient, mit hineinzieht in den Vertrag, um hier ein weiteres Geschäft tätigen zu können. Was machen wir hier mit diesem Vertrag? Der Gemeinderat selbst hat sich eine Vergabeordnung gegeben und mit diesem Kaufvertrag durchbrechen wir wiederum die Vergabeordnung, nämlich daß wir einem Generalunternehmer, der nicht verpflichtet ist, die Ausschreibungen über die Stadt zu machen, sondern diese selbst macht, eine Vollmacht geben, wo gar nicht sicher ist, daß die Steyrer Wirtschaft zum Zug kommt. Wir haben das schon gehabt bei der Kindergartenschule. Hier wurde auch ein Architekt als Generalbevollmächtigter eingesetzt und kann 42 Mill. Schilling-Aufträge nach seinem Gutdünken und Dafürhalten vergeben. Dagegen wehren wir uns. Es ist jetzt schon so weit, daß kleine Dacharbeiten um 12.000 Schilling ausgeschrieben werden und Großaufträge, die in die zig-Millionen Schilling gehen, werden nicht mehr ausgeschrieben, denn da hat man einen Generalbevollmächtigten. Das ist ein Hauptgrund, warum wir uns gegen diesen Kauf wehren bzw. gar nicht so gegen den Kauf, sondern gegen diesen Vertrag.

Das nächste Problem - Kollege Tremel hat es schon angezogen - ist, auch für uns ist es eine große Belastung, nämlich wenn wir ein Grundstück kaufen, auf dem Betriebe angesiedelt sind. Wir haben des öfteren erleben müssen, daß Betriebe von Steyr weg gegangen sind, weil wir Ihnen nichts Entsprechendes bieten konnten. Hier wird uns praktisch der Ball zugespielt vom Verkäufer, tut was Ihr wollt, das müßt Ihr lösen, wie Ihr die Betriebe los werdet. Und daß die Stadt diese Betriebe nicht einfach auf die Straße stellen kann, weil damit viele Arbeitsplätze am Spiel stehen, ist uns auch klar. Das ist daher wieder ein zusätzlicher Vertrag. Geradezu lächerlich scheint mir ein Zusatz, der nicht so bedeutend ist, aber daß er sogar bittet, alte Holzhütten weiter benützen zu dürfen. Na bitte, wenn ich etwas verkaufe, muß ich das übergeben und aus. Hier sind Dinge dazugeschrieben, die wirklich lächerlich sind.

Zum Preis möchte ich noch einmal sagen, ich kenne dort einige Leute, weil ich in dieser Siedlung selbst ein Haus habe, das ich von meinen Eltern geerbt habe, daß der Grundstückspreis mit 850,- Schilling/m² das Höchste ist, was dort geboten wird. Das ist also ein Höchstpreis. Dazu steht ein Gebäude darauf, das für uns wertlos ist, im Gegenteil, es steht uns im Weg, weil schon vom Abbruch die Rede ist. Aber da rechnet man noch für das Gebäude darauf und kommt dann zu einem Quadratmeterpreis von 1.050 Schilling, obwohl das Gebäude für uns wertlos ist, ja sogar im Weg steht.

Aus diesen Gründen müssen wir leider diesen Antrag ablehnen, und ich sage es noch einmal, eigentlich des Vertrages wegen. Der Grund selbst wäre an sich wichtig zu kaufen, weil wir bei der letzten Volkszählung gesehen haben, daß die Leute von Steyr abwandern, weil wahrscheinlich für Häuslbauer zu wenig Gelegenheit geboten wird und auch die Wohnungen zu teuer werden und die billigen nicht mehr zu haben sind. Aber das, was wir hier machen, ist der Grundstein für die teuersten Wohnungen, die in Steyr je gebaut worden sind.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Gemeinderat Feuerhuber.

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Grundsätzlich muß nochmals festgehalten werden, daß die Stadt Steyr bisher noch immer bereit hat, wenn sie einen ihr angebotenen Grund nicht käuflich erworben hat. Das ist eine Tatsache, die unumstritten ist. Es mag sein, daß der Preis momentan zu hoch und nicht besonders günstig erscheint, aber die Entwicklung geht weiter, wir müssen auch dem Rechnung tragen, daß wir in unserem freien Rechtsstaat bis auf wenige Ausnahmen, so z. B. im Straßenbau, freien Grundverkehr haben. Das heißt, die Preise können nicht diktiert werden, sondern ergeben sich aus Angebot und Nachfrage, aus dem Wert der besonderen Vorliebe, aus der Notwendigkeit, Geld zu beschaffen und dergleichen. Es sind schon mehr als 25 Jahre vergangen und es werden sich wahrlich wenige daran erinnern, daß seinerzeit nach dem 2. Staatsvertrag laut Durchführungsverordnung die gesamten Religionsfondsgründe in Gleink der Gemeinde angeboten wurden zu einem Kaufpreis/Mischwert von S 20,-. Da aber in der Zeit dieser Preis für landwirtschaftlich genützte Flächen viel zu hoch war, hat sich ergeben, daß dieses Angebot des Religionsfonds für die Gemeinde nicht akzeptabel war. Aber schon wenige Jahre später kostete der selbe Grund zwischen 200, 300 und 400 Schilling. Man sieht, wie sich innerhalb dieser kurzen Zeit damals die Grundpreise hinauf lizitiert haben. Mit der Errichtung des Sammlers F wurde das Gebiet Bauerwartungsland und wir hätten wahrlich überhaupt keine Grund Sorgen mehr in der Stadtgemeinde Steyr, wenn wir seinerzeit dieses Angebot, die Religionsfondsgründe zu kaufen, angenommen hätten.

Das gleiche gilt für die Schlüßlmayrsiedlung, darauf brauche ich nicht weiter eingehen. Sie wissen ja, das hat auch ein Bauunternehmen aufgekauft und in letzter Zeit die Kren-Gründe an der Wolfenstraße, auch diese wurden von einer Wohnungsgesellschaft gekauft, die dort bauen wird.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Diese wurden aber der Gemeinde angeboten!

GEMEINDERAT KARL FEUERHUBER:

Sicher gäbe es noch mehrere Beispiele anzuführen, aber diese drei Fälle genügen schon, um klar zu sehen, welche Vor- und Nachteile abzuwägen sind. Wir müssen aber auch in die Zukunft blicken. Derart aufgeschlossene Liegenschaften werden im Stadtgebiet nicht mehr allzu oft zu finden sein. Auf Grund des Ertragswertes entsprechen die Grundpreise durchaus denjenigen, die am freien Grundstücksmarkt erzielbar sind. Wenn es nicht die Stadtgemeinde macht, so wird irgend jemand anderer in absehbarer Zeit diese Gründe erwerben und diese auch verwerten. Wir müssen auch bedenken, daß es sich hier nicht um einen Notverkauf handelt, sondern um die Durchführung eines Grundstücksgeschäftes, welches für Käufer und Verkäufer sicher akzeptabel sein muß. Befreien wir uns doch von den emotionalen Beurteilungskriterien und entscheiden wir so, wie wir glauben, es auch in 10 oder 15 Jahren noch verantworten bzw. vertreten zu können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Kollege Leithenmayr.

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:

Geschätztes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, daß nicht nur die Meinung der Mehrheitsfraktion hier festgelegt ist, sondern aus den Ausführungen geht sehr deutlich hervor, daß das auch bei den Minderheitsfraktionen der Fall ist. Es sind aber doch einige Widersprüche in den Ausführungen drinnen, mit denen ich mich doch auch beschäftigen möchte. Einerseits wird festgestellt und geklagt, daß das Grundstück nicht lastenfrei übergeben wird, andererseits wird von einer Stagnation im Wohnbau gesprochen. Entweder ist das eine so wichtig für uns oder das andere. Fest steht jedenfalls, daß auf Grund der derzeitigen Situation mit einer Nutzung im Hinblick auf die Errichtung eines Wohnbaues ohnehin nicht vor dem Zeitraum zu rechnen ist, über den sich die Mietverträge erschließen. Die Frage der Lastenfreiheit würde aber gleichzeitig auch bedeuten ein Aufkündigen dieser Mietverträge, die dort ange-

griffen werden.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das können sie ja gar nicht!

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:

Das würde aber auch gleichzeitig bedeuten, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze in den dortigen Betrieben, die auch angeführt wurde, ganz besonders schnell und sofort in Frage gestellt würde. Ich glaube, daß die konkreten Vorstellungen des Gemeinderates sehr wohl vorhanden sind und man will sicher dort einmal einen Wohnbau errichten und man hat jetzt eine Möglichkeit gefunden, dieses Grundstück zu erwerben. Es ist im Zentrum der Stadt sicher nicht alle Tage möglich, solche Grundstücke zu erhalten. Wenn wir jetzt eine Stagnation bzw. Schwierigkeiten im Baugewerbe haben oder bei der Wohnbauförderung, so kann es doch nicht so sein, daß wir uns damit abfinden können, auch in Zukunft nichts zu tun, sondern wir sollten als Gemeinderat an die Zukunft denken und die Voraussetzungen dafür schaffen.

Was nun die Problematik der Vergabeordnung betrifft, die von der FPÖ angesprochen wurde, so muß ich sagen, eine Vergabeordnung ist eine Richtlinie. Im Einzelfall kann aber der Gemeinderat anders entscheiden, weil er eben die Generalkompetenz hat.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Das ist kein Einzelfall, sondern schon öfter geschehen!

GEMEINDERAT HERMANN LEITHEMAYR:

Man kann nicht jedes Problem nach Schema F abwickeln, solche Dinge sind gesondert zu behandeln und das ist eben ein derartiges Problem.

Abschließend möchte ich auf die Sicherheit der Arbeitsplätze näher eingehen, denn das ist ein Problem, das ich ganz besonders im Auge habe. Ich glaube nämlich, daß private Grundstücksbesitzer sich in dieser Frage sicher leichter tun werden und das Grundstück am nutzbringendsten einsetzen wollen und wir als Gemeinderat, wenn wir Besitzer sind, sicher genau überprüfen werden, ob und wie eine Veränderung dort vonstatten gehen kann. Ich glaube, die Gemeinde wird sich im Einzelfall genau überlegen, wie diese Arbeitsplätze gesichert werden können, wie Ersatzgrundstücke bereitgestellt werden können, welche Gewerbeförderungsmaßnahmen hier möglich sind. Es steht fest, daß die öffentliche Hand auf diesem Gebiet – ich glaube, ich bin mit Dir einer Meinung – sicher mehr Gemeinschaftssinn in dieser Richtung entwickelt, als ein privater Grundstücksbesitzer. Daher glaube ich, daß dieser Einwand nicht berechtigt ist. Was die Sicherheit der Arbeitsplätze angeht und was diese Sache betrifft, ist eben dieser Einwand nicht gerechtfertigt und der Gemeinderat gibt eine bessere Garantie für diese Arbeitsplätze als Besitzer dieses Grundstückes, als das bei einem privaten Besitzer der Fall wäre, der ja letzten Endes Nutzen aus diesem Grundstück schlagen möchte.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen. Ich frage noch einmal, ob noch jemand zu sprechen wünscht? Es ist dies nicht der Fall, ich erteile daher dem Referenten das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mich hat diese Diskussion sehr verwundert, weil ich glaube, daß – das wurde von Kollegen Feuerhuber sehr treffend angeführt – wir aus der Erfahrung lernen und daß wir das Verantwortungsgefühl haben sollten, daß wir die weitere Entwicklung der Stadt nicht aufhalten dürfen. Und dazu gehört eben eine entsprechende Grundreserve. Also man soll nicht aus Überlegungen, die rein rechnerisch nicht stimmen – das werde ich Ihnen gleich beweisen – das einfach vom Tisch wegwischen.

Zu Kollegen Fritsch darf ich sagen, daß es eigentümlich ist, hier anzuführen, daß gerade in diesem Zusammenhang die vorhandenen Gebäude ein Nachteil wären für diesen Ankauf, daß also dieses Grundstück damit belastet ist. Dazu muß ich erwähnen daß wir – das wurde heute schon mehrmals gesagt – hier nicht unmittelbar einen Verwendungszweck anführen möchten, es gibt deren mehrere. Sicherlich wird der Wohnbau vorrangig sein, aber es gibt unter Umständen auch noch andere Dinge, die man ins Auge fassen kann, die man jetzt vielleicht noch gar nicht sieht. Deswegen glaube ich, daß auf Grund der langen Sicht es nur von Vorteil sein kann, wenn wir bei diesem Grundkauf zugleich eine Mieteneinnahme erzielen können. Das verbilligt den Kauf, ich werde Ihnen gleich eine Rechnung vorlegen.

Zur Generalvollmacht darf ich sagen, wir können bei solchen Verträgen – auch das wurde schon gesagt, daß es sich nicht um einen Zwangsverkauf handelt – nicht nur die eine Seite sehen. Sicher sind wir die Käufer, aber man muß auch die Argumente und Gründe des Verkäufers akzeptieren. Für einen Verkäufer stellt das Gebäude, das dort ist, sehr wohl einen Wert dar und man hat sich in den Verhandlungen sehr realistisch gefunden und diese Gebäude wurden zweifellos nicht überbewertet. Das muß ich schon sagen. Gerade von der Österr. Volkspartei wundert mich das, weil sie doch so sehr die Interessen jener Kreise, die solche Überlegungen in den Vordergrund stellen, vertritt. Hier gilt das auf einmal gar nicht, das wundert mich wirklich außerordentlich.

Außerdem muß ich sagen, daß mit diesem Vertrag auch eine Leistung verbunden ist, der kostenlose Abbruch dieser Gebäude, und zwar nicht nur dieser, sondern auch der Abbruch der Mösenbacher-Villa. Auch das sollte man nicht außer acht lassen, das wurde hier nirgends angeführt. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir diese Grundreserve in einer so zentralen Lage einfach nicht aus der Hand geben dürfen, wenn sich die Möglichkeit bietet, diesen Ankauf zu tätigen.

Zu Kollegen Mausz darf ich sagen, er hat sich auf die Vergabeordnung bezogen. Diese Vergabeordnung wurde hier herinnen einstimmig beschlossen und es hat niemand etwas gesagt, daß in dieser Vergabeordnung Generalbevollmächtigte ausgenommen sind.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Wir haben sehr stark darauf hingewiesen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Diese Vergabeordnung wurde einstimmig beschlossen und es ist unfair, wenn man nachher etwas bekrittelt, was man vorher mit beschlossen hat.

Nun kurz zur Kostenrechnung. Es ist richtig, daß diese Liegenschaft hier mit verschiedenen Gebäuden belegt ist, die vermietet sind. Die jährliche Mieteneinnahme, das hat Kollege Fritsch schon angeführt, beträgt 405.456 Schilling. Das Darlehen von 9 Mill. Schilling wird aufgenommen mit voraussichtlich – ich nehme das jetzt ungefähr an – einem Zinsfuß von 12 %. Ich nehme jetzt die obere Grenze von 12 % an. Das ist eine Annahme, die aber sicher realistisch ist.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe mit 11 gerechnet, mit 12 kommt man noch höher!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich werde das gleich sagen, das kann jeder nachrechnen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit das Schlußwort zu Ende gesprochen werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bei einer Laufzeit von 10 Jahren beträgt die Annuität 1,5 Millionen Schilling, genau 1,521.342 Schilling. Bei einer Laufzeit von 15 Jahren 1,279.998 Schilling. Bei einer Laufzeit von 20 Jahren 1,179.234 Schilling. Das ist die reine Annuität, also die Rückzahlung des Kapitals und der entsprechende Zinsendienst. Der Grund erfährt ja eine

gewisse Wertsteigerung, auch das muß man rechnen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Nur verkaufen wir ihn nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch wenn ich ihn nicht verkaufe erfährt er diese Wertsteigerung

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Bestenfalls ist es eine Steigerung für die Wohnungsmieter.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu muß ich sagen, für die Wohnungsmieter, das ist eine zweite Geschichte, zu welchem Preis die Gemeinde Steyr der GWG den Grund gibt. Es ist nicht gesagt, daß zu diesem Preis der Grund weiter gegeben werden muß. Es ist schon öfter geschehen, daß er zu anderen Bedingungen an die GWG weiter gegeben wurde.

Ich darf nun die Rechnung fortsetzen. Wenn man die Tilgung des Betrages von 9 Mill. Schilling ..

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich sehe mich veranlaßt, um etwas mehr Ruhe zu bitten!

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wenn man eine Laufzeit von 10 Jahren rechnet und die gesamten Annuitäten mit 15,213.420 Schilling in dieser Zeit einsetzt, im gleichen Zeitraum Mieteneinnahmen von 4,054.560 Schilling erzielt, , so ergibt sich eine Differenz von 11,198.860 Schilling. Diese Rechnung, so glaube ich, ist richtig. Jetzt rechne ich die Steigerung des Grundstückswertes dazu, der Grundstückswert steigert sich - das ist ein Erfahrungswert, ich nehme den vorhandenen Kostenindex her - mit jährlich 7 %, und so kommen wir zu einem Grundstückswert bei einer angenommenen Inflationsrate von jährlich 7 % in 10 Jahren von 17,703.000 Schilling. In 15 Jahren - ich möchte diese Rechnung noch weiter fortsetzen - betragen die Annuitäten 19,199.970 Schilling, die Mieteinnahmen 6,081.000 Schilling, die Differenz 13 Mill. Schilling, der Grundstückswert wäre festzusetzen nach dieser Rechnung und zu diesem Zeitpunkt mit 24,831.000 Schilling. Unter den gleichen Voraussetzungen wäre nach 20 Jahren der Grundstückswert - das ist eine sehr günstige Steigerungsquote nach unten gerechnet, mit jährlich nur 7 %, ich bin sicher, daß der Grund nicht um diese 7 % jährlich, sondern um mehr steigt - als nach 20 Jahren wäre der Grundstückswert der dortigen Liegenschaft nach dieser Rechnung 34,821.000 Schilling betragen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß auf Grund dieser Rechnung schon allein auch wertmäßig die positive Entscheidung schon gerechtfertigt erscheint. Es ist sicher keiner in diesem Raum, meine Herren, der bestreiten kann, daß der Grund in 10 oder 20 Jahren dasselbe wert ist wie heute. Das tut kein Mensch, weil es selbst keiner glaubt, wenn er das sagt. Und er ist das wert, wenn nicht viel mehr. Deswegen glaube ich, daß wir nicht gut beraten wären, wenn wir diesen Grund nicht kaufen würden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Damit sind die Diskussion und das Schlußwort abgeschlossen.

Wenn Sie mir einen ganz simplen Beitrag erlauben, wir haben in unserer Stadtentwicklungskonzeption immer den Standpunkt vertreten, daß wir Gründe insbesondere im Stadtbereich erwerben, damit gerade die öffentliche Hand eine Möglichkeit besitzt, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Das ist das eine. Wenn ich daran denke, wir kaufen an der Ennser Straße, im Hinterland der Ennser Straße, schon um 700 Schilling Grundstücke - auch mit Darlehen, da rechne ich überhaupt keine Verzinsung, die lasse ich völlig beiseite - die im Grünland liegen und die wir auch als Reserve für unsere Gewerbeentwicklung oder Wohnbauentwicklung, je nachdem, verwerten. Auch hier können wir heute noch nicht genau sagen, wozu. Wir erwerben sie eben, um unsere Möglichkei-

ten auszuweiten. Wenn Sie das so sehen, daß wir ein Grundstück in einem schönen Stadtgebiet erwirbt für unsere Wohnbautätigkeit oder für andere Zwecke, so möchte ich das gar nicht so fixiert sehen. Allein das, daß die öffentliche Hand einen Grund zur Verfügung hat, in einem so wertvollen Gebiet, scheint mir sehr wesentlich. Mir ist völlig klar, daß hier die Standpunkte der Fraktionen – das kam durch die Redner zum Ausdruck – so festgefahren sind, daß schon jetzt ersichtlich wird, wie die Abstimmung ausgeht. Dennoch muß ich hier bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie für den Antrag sind? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist mit den Stimmen der Mehrheit beschlossen (11 Gegenstimme – 8 ÖVP, 2 FPÖ, 1 KPÖ).

Wir schreiten in unseren Beratungen fort. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Fürst.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hoffe, daß der nun zur Behandlung stehende Antrag wieder eine gemeinsame Auffassung erbringen wird. Ich darf daran erinnern, daß im Jahre 1979 ein Antrag für das Budgetjahr 1980 und voriges Jahr für das laufende Rechnungsjahr eingebracht wurde, der dahingehend gelautet hat, daß eine 20 %ige Kürzung der Unterstützungsmittel für Subventionen an Sportvereine und kulturelle Vereine Platz greifen soll. In diesem Beschluß war beinhaltet, daß am Ende eines Rechnungsjahres darüber befunden werden soll, ob sich im laufenden Rechnungsjahr die finanziellen Voraussetzungen so geändert haben, daß man an eine Aufhebung dieser Beschlüsse denken kann. Das war 1980 nicht der Fall. Nun geht das Rechnungsjahr 1981 seinem Ende entgegen und der nächste Punkt wird uns ja mit dem Nachtragsvoranschlag konfrontieren.

Heute darf ich Ihnen den Antrag vorlegen, für das Rechnungsjahr 1981 diese 20 %ige Sperre zur Aufhebung zu bringen. Es hat sich zwar die Ertragslage der Gemeinde als solche nicht wesentlich gebessert und verändert. Nachdem die Ansätze aber für die Subventionen in ihrer Höhe Jahr für Jahr die gleichen geblieben sind, haben sie außerdem die Teuerungsrate über zwei Jahre voll zu tragen gehabt und manche Vereinsführung ist in echte Not gekommen und in eine echte Überlebensangst. Diesem Zustand Rechnung tragend, darf ich Ihnen nun den Antrag zur Verlesung bringen.

4) Ha-4960/80

Voranschlag 1981; teilweise Aufhebung
der Kreditsperre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 12. 1980, Ha-4960/80, wird die 20 %ige Kreditsperre für Subventionen, die im Rahmen der allgemeinen Subventionsliste für kulturell und sportlich tätige Vereine vergeben werden, für das Jahr 1981 aufgehoben. Die Auszahlung hat noch in diesem Budgetjahr zu erfolgen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag beizutreten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Nun steht der Nachtragsvoranschlag 1981 zur Beschlußfassung. Das Statut unserer Stadt sieht infolge unvorhergesehener Einnahmen oder Ausweitung des Ausgabenrahmens die buchhalterische Sanierung in Form eines Nachtragsvoranschlages vor. Diese Kriterien waren auch in diesem Jahr gegeben, und der ordentliche Haushalt hat sich von 409.617.600 S bei den Gesamteinnahmen auf 457.795.600, die Gesamtausgaben von 409.617.600 auf 457.795.600 erhöht und erscheint daher als ausgeglichen. Die Reineinnahmen von 385.327.600 S auf 429.505.600, die Reinausgaben von 385.327.600 S

auf 429,505.600 S. Der außerordentliche Haushalt, hier erhöhten sich die Gesamteinnahmen von 56,319.900 auf 79,572.000 und die Gesamtausgaben von 75,660.000 S auf 79,572.000 und ist daher ebenfalls ausgeglichen. Das wäre der gesamte Rahmen. Ich glaube, man sollte doch einige Worte zur Illustration dieser Summe verlieren. Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes haben eine Ausweitung von 48,2 Mill. Schilling erfahren, das sind rund 10,76 %. Diese Mehreinnahmen gliedern sich in den größten Posten auf, und zwar in der Gruppe 9 bei der Finanzwirtschaft 35,1 Mill. S per Saldo. Hier sind die Einnahmen zu sehen, und zwar eine Grundsteuererhöhung von 600.000 S, die Lohnsummensteuer hat sich um 4 Mill. Schilling erhöht und die größte Erhöhung ist bei der Gewerbesteuer mit 19 Mill. Schilling. Die Ertragsanteile haben eine Erhöhung von 7,9 Mill. S erbracht und der Ertrag der Zinsen hat sich um 2,8 Mill. S erhöht. Mehreingänge bei den Kanalanschluß- und Kanalbenützungsgebühren, den Kapitaltransferzahlungen vom Land usw. haben 3,3 Mill. erbracht und bei der Sozialgruppe 4 eine Erhöhung um ca. 5,6 Mill. Schilling. Bei den übrigen Einnahmen wurden nur geringfügige Änderungen vorgenommen, die per Saldo Mehreinnahmen von ca. S 4,2 Mill. Schilling bringen.

Der Nachtragsvoranschlag hat auch eine Erhöhung in den Ausgaben um die gleiche Summe erbracht und beim außerordentlichen Haushalt wurde hier – um es anzuführen – die Erhöhung des Zuführungsbetrages um 5,1 Mill. Schilling möglich. Die größte Post in der Ausweitung der Ausgaben mit ca. 21,7 Mill. S ist im Rahmen der Finanzwirtschaft erfolgt. Die größte Post davon ist die Zuführung an die Rücklagen in der Höhe von 19,1 Mill. S. Es haben sich auch bei den Dienstleistungen die Ausgaben um 3,4 Mill. S erhöht. Hier sind die wichtigsten Posten die Wohngebäudeerhaltung, der Winterdienst mit 0,7 Mill. der Stadtsaal mit 0,4 Mill. und die Zuschüsse an die Stadtwerke mit 0,7 Mill. Schilling. Die Erhöhung bei der Gruppe 6, das ist Straßen-, Wasserbau und Verkehr, mit ca. 3,6 Mill. Schilling ergab sich infolge Ausbaues der Gemeindestraßen und Instandhaltung sowie durch einen erhöhten Beitrag von ca. 1,4 Mill. Schilling an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung.

Eine ziffernmäßig große Erhöhung von ca. 10,1 Mill. S ist bei der Gruppe 4 erfolgt, hier müssen allerdings die 5 Mill. Schilling bei den Einnahmen gesehen werden, so daß die Erhöhung rund 5 Mill. S ausmacht. Beim Posten der Sozialhilfe ist der größte Anfall vor allem beim Altersheim, wo natürlich die Tarifierhöhung auf der Einnahmenseite auch dementsprechend ausgewiesen wurde.

Im außerordentlichen Haushalt, der eine Gesamterhöhung von etwa 5 % ergeben hat, das sind 3,9 Mill. Schilling bei den Ausgaben, bei den Einnahmen jedoch um ca. 23,3 Mill. S, wodurch die Ausgeglichenheit erzielt werden konnte. Die größte Erhöhungspost fiel auf das Alte Stadttheater, die Beiträge zur Denkmalpflege wurden um 1,4 Mill. ausgeweitet, die Straßen- und Brückenbauten mit 2,9 Mill. ...

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

.. und auch die Wirtschaftsförderung wurde um 320.000 Schilling ausgeweitet. Erwähnen möchte ich auch noch das Einkaufszentrum Resthof mit 6 Mill. Schilling.

Wenn man den Nachtragsvoranschlag betrachtet, wurden auch verschiedene darin enthaltene Arbeiten nicht in Angriff genommen und haben auch zur Ausgeglichenheit beigetragen. Die Gründe dafür sind im Einzelfall verschieden. Eine wesentliche Änderung bei den Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes sind nicht veranschlagte Bedarfszuweisungen und sonstige Zuschüsse von Gebietskörperschaften in der Höhe von 2,7 Mill. Schilling. Wir haben auch Liegenschaften verkauft und haben ca. 3,3 Mill. S mehr eingenommen. Die Darlehensaufnahme mußte um 12 Mill. Schilling gesteigert werden, das heißt, die Gesamtdarlehensaufnahme betrug 33 Mill. Schilling betragen. Und der bereits erwähnte höhere Zuführungsbetrag aus dem außerordentlichen Haushalt von 5,1 Mill. Schilling haben die Ausgeglichenheit auch des außerordentlichen Haushaltes ermöglicht.

Der Antrag, den ich ihnen zur Beschlußfassung nun vorlege, hat folgenden Wortlaut:

5) Ha-4960/80

Nachtragsvoranschlag 1981.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 16. 12. 1980, Ha-4960/80, womit der Voranschlag 1981 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1981 wie folgt abgeändert:

1) Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von S 409,617.600 auf S 457,795.600
die Gesamtausgaben von S 409,617.600 auf S 457,795.600

daher ausgeglichen S - , -

b) die Reineinnahmen von S 385,327.600 auf S 429,505.600
die Reinausgaben von S 385,327.600 auf S 429,505.600

daher ausgeglichen S - , -

2) Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 56,319.900 auf S 79,572.000
und die Gesamtausgaben von S 75,660.000 auf S 79,572.000

daher ausgeglichen S - , -

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 12. 1980, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1981, bleiben unverändert.

Ich bitte Sie, diesen Antrag positiv zu bescheiden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS und VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH
verlassen um 15.30 Uhr den Sitzungssaal.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Vortrag. Wir kommen zur Diskussion. Als ersten Diskussionsredner bitte ich Kollegen Holub zum Pult.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Beim Herausgehen, meine Damen und Herren, habe ich den Hinweis bekommen, fasse Dich kurz. Ich werde versuchen, möglichst kurz darzustellen die Gedanken, die sich meine Fraktion zum Nachtragsvoranschlag 1981 gemacht hat. Vorweg eine grundsätzliche Überlegung. Der Rechnungshof rügt bei jeder Einschau die Tatsache, daß in der Stadt ein Nachtragsvoranschlag abgewickelt wird. Mit dieser Überlegung gehen wir alle hier im Gemeinderat nicht konform, denn wir sagen, die Stadt muß die Möglichkeit haben, ihre Abwicklungen noch im nachhinein budgetieren zu können. Außerdem ist diese Überlegung, die wir alle anstellen, im Statut auf Grund dieser Überlegungen verankert. Soweit die grundsätzliche Voraussetzung, Nachtragsvoranschläge abzuwickeln. Was soll jetzt dieser Nachtragsvoranschlag widerspiegeln? Er soll im wesentlichen widerspiegeln - und das tut er auch - wie weit hat sich der Gemeinderat an das finanzielle Ziel, das er sich am Jahresanfang gesteckt hat, gehalten. Da erlebt man, wenn man die einzelnen Positionen durchgeht, recht große Überraschungen, sei es nur in der Einnahmenseite des ordentlichen Haushaltes. Der städtische Referent hat ja die einzelnen Zahlen schon genannt. Ich glaube, ich kann es der Runde hier ersparen, auch noch eine Leseübung zu diesen Zahlen abzuwickeln. Die überraschende Einnahmenerhöhung im Bereich der Gewerbesteuer sollte man aber doch zum Nachdenken heranziehen. War das wirklich so überraschend? Konnte man das wirklich nicht budgetieren? Diese Überlegung wird man sicher nicht machen müssen, wenn man sich die sonstige Finanzpolitik der Stadt anschaut, die sich auch wieder im Wege von Darlehensaufnahmen widerspiegelt. Auch diese Zahlen können Sie aus dem Nachtragsvoranschlag entnehmen. Die uns neu zugefallene Gewerbesteuer ging annähernd

zur Gänze in die Rücklagen, auf der anderen Seite mußten wir verschiedene Vorhaben mit Darlehen finanzieren. Und wenn Sie sich den Nachtragsvoranschlag anschauen, so sehen Sie, daß Darlehen fast in der gleichen Höhe aufgenommen werden mußten.

VICEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH betritt um 15.40 wieder den Sitzungssaal.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Erstaunlich ist beim ordentlichen Haushalt auf der anderen Seite die Position "Zinsen für Geldverkehr". Wenn ich auf der einen Seite Darlehen aufnehme, ist es erstaunlich, daß auf der anderen Seite die Geldverkehrszinsen auf annähernd das Fünffache des Präliminierten ansteigen.

Die Darlehensrückzahlungen, wenn wir bei der Finanzwirtschaft des ordentlichen Haushaltes bleiben, sind auch über dem Präliminar ausgegangen. Das ist an sich gut und richtig, denn die Abstattung der aufgenommenen Verbindlichkeiten wird der Stadt noch erhebliche Sorgen bereiten in der nächsten Zeit. Nicht nur die Finanzierung der Zinsen, sondern auch die Abstattung der Darlehen. In dem Zusammenhang erinnere ich an die heute schon gefaßten Beschlüsse.

Die Mehrausgaben im ordentlichen Haushalt, die größte Position – Stadtrat Fürst hat es schon angeführt – liegt in der Dotation der Rücklagen mit 19,1 Mill., der Zuführung an den außerordentlichen Haushalt, die erfreulicherweise heuer erhöht werden konnte. Ich erinnere daran, im vergangenen Jahr mußten wir ja mit Bestürzung feststellen, daß wir die vorgenommene Mittelzufuhr nicht durchziehen konnten, wir mußten ja im vergangenen Jahr um fast 12 Mill. Schilling die Zufuhr an den außerordentlichen Haushalt reduzieren, und das natürlich wieder mit Kredithilfe ausgleichen. Heuer ging es uns da etwas besser, wir konnten unsere außerordentlichen Vorhaben doch aus dem ordentlichen Haushalt finanzieren. Im vergangenen Jahr haben wir alle miteinander festgestellt, daß es notwendig sein wird, den ordentlichen Haushalt eher in Kontrolle zu haben. Im vergangenen Jahr ist uns die Sache bei der Ausgabenseite aus der Kontrolle geraten, heuer schlägt das Pendel zurück und eine überhöhte Einnahme im ordentlichen Haushalt scheint mir erfreulicher zu sein als überhöhte Ausgaben. Soweit die Anmerkung zum ordentlichen Haushalt.

Auch beim außerordentlichen Haushalt erwähne ich zuerst das Erfreuliche. Die Mehreinnahmen mit 23,2 Mill. Schilling wirken ja recht gut, nur wie sie entstanden sind, das muß man auch sagen. Stadtrat Fürst hat das zum Teil erwähnt, daß hier 12 Mill. in diesen 23 Mill. Mehreinnahmen durch neue Darlehensaufnahmen, die über das ursprüngliche Maß der Darlehensaufnahmen hinaus gegangen sind, enthalten sind. Die Dinge entwickeln sich immer nach zwei Seiten, man sollte also nicht nur anschauen, was haben wir mehr eingenommen, was haben wir mehr ausgegeben, sondern wir sollten uns jetzt einmal beim außerordentlichen Haushalt, der im wesentlichen die Vorhaben der Stadt ausdrückt, anschauen, wie weit sind wir dem überhaupt nachgekommen?

Die an sich mit 3, und etwas angegebene Erhöhung der Ausgaben setzt sich ja nicht nur zusammen aus einer Zielabweichung von 3, und etwas Prozent, sondern resultiert ja daher, was habe ich weniger und was habe ich mehr getan? Diese Betrachtung möchte ich jetzt machen hinsichtlich zunächst einmal der größten Überschreitungen. Da werden Sie Positionen finde, wie die Errichtung der Bundesanstalt für Kindergärtnerinnen mit 2 Mill., Sie werden finden die Errichtung des Kindergartens Resthof mit einer Überschreitung von 2,57 Mill., das Alte Stadttheater hat 3 Mill. mehr als ursprünglich veranschlagt gekostet, die Unterstützung der Hammergründe war mit 900.000 S – ich betone, es waren alles Beschlüsse, die wir im wesentlichen gemeinsam beschlossen haben. Größte Überschreitungen gab es natürlich bei Vorhaben, die überhaupt nicht präliminiert waren, und zwar in Prozenten die größten Überschreitungen. Insbesondere im Kanalbereich können Sie die Positionen von der Friedhofstraße bis zur Märzenkellerumfahrung finden, die neu geschaffen wurden. Es ist klar, daß das eine Abweichung ergibt. Interessanter sind die größten Unterschreitungen im außerordentlichen Haushalt, die die Wahrnehmung der Vorhaben widerspiegeln. Da finden Sie, wie alle Jahre wieder, die Kosmetikpositionen im außerordentlichen Haushalt, wo – das kann ich auch alle Jahre

sagen – wir uns zum Jahresschluß für die hohen Vorhaben in der Öffentlichkeit feiern lassen und zum Jahresende dann feststellen, daß das wieder nicht geschehen ist. Insbesondere im außerordentlichen Haushalt gibt es da ganze Seiten, die sich durchziehen. Wenn Sie den zur Hand nehmen, finden Sie bei Straßenvorhaben ganz große Sachen, in der Gruppe 8 "Dienstleistungen" geht es fast seitenlang herunter mit Vorhaben, die nicht stattgefunden haben. Das Ergebnis dieser Über- und Unterschreitungen liegt vor uns, wir haben einen außerordentlichen, der – das wurde gesagt – nicht wesentlich abweicht in Summe vom Vorhaben. Aber was tatsächlich im großen Ausmaß abweicht ist das, was wir mit dem Geld getan haben. Vielleicht kann man, wenn man sich diese Dinge anschaut, den Rechnungshof besser verstehen, der sagt, daß das im Nachhinein budgetieren doch nicht so gut wäre, weil man zwar den Rahmen einhält – das ist der Sinn eines Budgets – aber wenn man sich ein Ziel setzt, so sollte man dieses so realistisch decken, daß es auch erfüllt werden kann. Das war offensichtlich in großen Belangen nicht der Fall. Der alte Ruf nach der Budgetwahrheit im guten und nicht aggressivem Sinn muß unbedingt wieder erschallen. Wir alle müssen darüber nachdenken, wie weit es realistisch ist, Budgets zu erstellen – die Budgetsitzung ist nicht mehr unfern – die nicht realisierbar sind für uns. Wenn man die Auswirkungen dieses Nachtragsvoranschlages im neuen Budgetansatz sucht, so wird man vergeblich blättern. Durch dieses Nichtaufnehmen der Entwicklung in den letzten Jahren werden sich automatisch in allen weiteren Jahren wieder Abweichungen vom Budgetrahmen ergeben müssen, und zwar notwendigerweise ergeben müssen. Vielleicht wird es irgendwann einmal möglich sein, diese Zahlen doch miteinander zu kompensieren, damit wir eher Übersicht haben können bei den finanziellen Vorhaben, die sich die Stadt setzt. Bei mir meine ich nicht nur die Gemeinderäte der Minderheitsparteien, sondern da meine ich damit wir als Kollegialorgan, wir als Gemeinderat, der letzten Endes ja kollegial die Verantwortung für die Finanzen der Stadt trägt. In diesem Sinne sollten wir unsere Tätigkeit verstehen. Denken wir bitte daran, daß die Zeiten immer schlechter werden, ich könnte jetzt ein Plakat zitieren "in Zeiten wie diesen" ist Sorgsamkeit – das möchte ich ergänzend hinzufügen – durchaus richtig am Platz. Stadtrat Fürst hat im vergangenen Jahr auf diese Sorgsamkeit aufmerksam gemacht. Ich wiederhole das nur wärmstens.

Zum vorliegenden Nachtragsvoranschlag geben wir von der Österreichischen Volkspartei-Fraktion natürlich die Zustimmung als Rechenwerk. Diese Zustimmung kann selbstverständlich nicht jene Beschlüsse abdecken, denen wir im zugrunde liegenden Rechnungsjahr nicht Folge leisten konnten.

BÜRGERMEISTER WEISS betritt um 15.47 Uhr wieder den Sitzungssaal.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärung. Nächster Sprecher ist Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde sicherlich nicht auf jede Post eingehen, die jedem Gemeinderat aus dem Nachtragsvoranschlag bekannt ist. Ich beschränke mich auf einige wesentliche Punkte, die nach meiner Auffassung notwendig sind, daß sie auch vor Beschlußfassung des Nachtragsvoranschlages gesagt werden. Wie Sie sich sicherlich erinnern werden, habe ich bereits in meiner Rede zum Voranschlag für das Rechnungsjahr 1981 darauf verwiesen, daß die Mehrheitsfraktion bei der Budgeterstellung äußerst vorsichtig und zurückhaltend war. Auf Grund von Nachzahlungen und Mehreinnahmen, wie dies unser Finanzreferent Kollege Fürst schon angeführt hat, von rund 48 Mill. Schilling und dadurch erhöhte sich der Stadthaushalt auf 537 Mill. Schilling für das Rechnungsjahr 1981. Ein Großteil der Mehreinnahmen stammt dabei aus Steuernachzahlungen. Zum Beispiel erbrachte die Gewerbesteuer im Jahre 1980 – das möchte ich betonen – um 3,5 Mill. Schilling weniger, als wir damals präliminiert haben, obwohl es in der Steyrer Wirtschaft seit Jahren keine Stagnation gab, im Gegenteil, wie Sie wissen, sie expandierte.

Unser größter Steyrer Betrieb, die Steyr-Werke, mit rund 10.000 Beschäftigten, verzeichnete allein in den letzten Jahren ein jährliches Wachstum bis zu 50 % und der Jahresumsatz stieg bereits auf 16 Milliarden Schilling. Da ja die Betriebe die Gewerbesteuer an die Gemeinde nicht sofort zahlen, mußte es einmal zu einer größeren Nachzahlung, wie schon einige Male vermerkt wurde, kommen. Das drückt sich eben bei diesem Nachtragsvoranschlag mit 19 Mill. Schilling aus. Aber nicht nur der sogenannte Steuersegen erbrachte Mehreinnahmen, wie dies deutlich im vorliegenden Nachtragsvoranschlag zu erkennen ist. Ich möchte erinnern, die gegen meine Stimme von der Mehrheit des Gemeinderates beschlossenen Gebühren- und Tarifierhöhungen erbrachten auch nicht unwesentliche Einnahmen, die sind bekanntlich in Millionenhöhe, wenn Sie genau nachlesen, und belasten gleichzeitig die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt. Ich nenne nicht alle, sondern beschränke mich auch hier auf einige, und zwar sind dies die Posten der Kanalbenutzungsgebühr, der Kanalanschlußgebühr, der Müllabfuhrgebühr. Nur alleine diese drei erbrachten bereits in diesem Rechnungsjahr 28,7 Mill. Schilling, also 2,520.000 Schilling mehr als wir präliminierten. Dies ist auch mit ein Grund, daß die Betriebskosten für die Mieter sich ständig erhöhen und die Mietzinse von Jahr zu Jahr auch in unserer Stadt steigen. Das ist auch mit ein Grund dazu, daß es auch von Monat zu Monat zu einer größeren Anzahl von Delogierungen aus GWG-Wohnungen kommt, denn die Betriebskosten werden nicht unterstützt mit Hilfe der Mietzinsbeihilfe. Ich führe weiter an die Erhöhung der Altersheimgebühren. Sie erbringen laut Nachtragsvoranschlag allein rund 4,5 Mill. Schilling Mehreinnahmen. Diesen Mehreinnahmen stehen auch Mehrausgaben gegenüber, die von der KPÖ-Fraktion kritisiert und abgelehnt wurden, - das möchte ich hier klar zum Ausdruck bringen. Nämlich die neuerliche Erhöhung der Bezüge und Pensionen für den Gemeinderat. Im Voranschlag waren sie mit ca. 6,7 Mill. Schilling präliminiert und erhöhen sich laut Nachtragsvoranschlag um über 1 Million Schilling auf bereits die schöne Summe von 7,8 Millionen Schilling. Ich habe sehr viel in den letzten Tagen gelesen über diesen Nachtragsvoranschlag und in Pressekonferenzen gehört, aber über jene Post, die ich jetzt vorgetragen habe, habe ich weder vernommen, daß gesprochen wird, noch habe ich bis jetzt eine Zeile gelesen in der Presse, die ja vollzählig hier anwesend ist. Kein Wörtchen oder Silbe wurde davon erwähnt.

Ich möchte zum Nachtragsvoranschlag nicht nur kritische Äußerungen machen, sondern möchte objektiverweise feststellen, daß die Gemeinde große Zuschüsse zum Beispiel für unser Zentralaltersheim gibt, und zwar 17 Mill. Schilling, für die Kindergärten und Horte über 10 Mill. Schilling und große Vorhaben und Investitionen tätigt. So zum Beispiel die Ausgaben für den Straßenbau, und da möchte ich auch die Fußgängersicherung mit einbeziehen durch die geplanten und in Durchführung stehenden Fußgängerüberführungen. Obwohl das Wetter schlecht ist, gehen diese zügig voran, wie ich mich kürzlich überzeugen konnte in der Neuschönau oder auch heute, wo man schon bestimmte Montagetagearbeiten beim Fußgängerübergang Klotzstraße - Altgasse durchführt. Ich möchte auch erwähnen, daß für den Schulbau nicht unwesentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, z. B. für die Bildungsanstalt der Kindergärtnerinnen 6 Mill. Schilling im Nachtragsvoranschlag aufscheinen, oder für die Errichtung des Kindergartens im Resthof, wie wir heute gehört haben, der am 1. Dezember den Betrieb aufnimmt, immerhin auch 6,5 Mill. Schilling, die zum Großteil - zu zwei Drittel - zu Lasten unseres Haushaltes gehen. Ich habe aus der Zeitung gelesen, daß wir auch vom Land einen Zuschuß bekommen in der Höhe von 2,1 Mill. Schilling. Aber wie wir wissen, sind sie ja nicht sehr zahlungswillig und haben auch den Vermerk dazu gegeben, wir werden diese über 2 Mill. Schilling bekommen je nach finanziellen Möglichkeiten. Es kommt hier also immer wieder die Stadt zum Handkuß. Für die Altstadterhaltung wurden um 3 Mill. Schilling mehr bereitgestellt als vorgesehen. Weniger Mittel, wie üblich, kommen heraus für den Wohnbau. Ich erspare mir, das heute vorzutragen, das mache ich in einigen Wochen bei der Budgetdebatte. Dort werde ich diese Frage in den Mittelpunkt meiner Kritik gegenüber der Mehrheit stellen werde.

Weiters ist im Nachtragsvoranschlag ersichtlich die Errichtung der Gartenanlage im

Resthofgebiet, diese erfordert Mehrausgaben von 6 Mill. Schilling – vorgesehen und präliminiert waren ja bekanntlich nur 3 Mill. Schilling. Aber viele Ziele und Vorhaben, die wie dies auch Kollege Holub vor mir schon erwähnt hat, im außerordentlichen Haushalt festgehalten und beschlossen wurden, können oder wurden nicht realisiert. Die Ursache liegt nicht am fehlenden Willen des Gemeinderates, meiner Meinung nach, sondern darin, daß die dafür notwendigen finanziellen Mittel vom Bund aber auch vom Land der Stadt nach wie vor vorenthalten werden. Sie übersteigen einfach die derzeitige finanzielle Leistungskraft der Gemeinde und der Schuldenstand erhöht sich bis zum Jahresende auf 316 Mill. Schilling. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 7.600 Schilling. Der Schuldendienst im Rechnungsjahr 1981 mit über 37 Millionen Schilling hat eine Höhe erreicht, die vergleichsweise bereits 50 % der Summe der Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes – wir haben gehört 74 Mill. mit Ende dieses Jahres – erreichen wird. Diese weitere Verschuldung unserer Stadt, die im Nachtragsvoranschlag zum Ausdruck kommt, bestätigt wiederum eine schon öfter von mir aufgestellte Behauptung, daß das Finanzgleichgesetz, der Finanzausgleich, der von der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ im Nationalrat einstimmig beschlossen wurde – also meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, von Ihren Nationalräten im Nationalrat beschlossen – gemeindefeindlich sei und keine Verbesserung der finanziellen Mittel der Finanzkraft für die Stadtgemeinde erbringt. Obwohl jeder Politiker weiß, daß der Ausbau und die Verbesserung der notwendigen Infrastruktur unserer Stadt immer mehr finanzielle Mittel erfordert. Ich gebe auch diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung, weil er rechnerisch richtig erstellt wurde. Diese Zustimmung gilt nicht für die Gebühren- und Tarifierhöhungen, für die überhöhten Funktionsbezüge für die Gemeindefunktionäre, und natürlich für die Anträge, die ich im Interesse der werktätigen Bevölkerung unserer Stadt während des laufenden Jahres abgelehnt habe.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärung. Als nächster Sprecher ist vorgemerkt Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bevor dieser Antrag "Nachtragsvoranschlag 1981; einer Abstimmung unterzogen wird, möchte ich aus der Sicht der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion einige Sätze dazu sagen und einige Punkte aufzeigen. Nachdem es sich um ein Zahlenwerk handelt, habe ich mir erlaubt, meine Unterlagen mit heraus zu nehmen, werde mich aber bemühen, so wie meine beiden Vorredner, mich kurz zu halten.

Dieser Nachtragsvoranschlag ist gekennzeichnet von einer Ausweitung gegenüber dem Voranschlag von 11,8 %, was den ordentlichen Voranschlag betrifft.

Der Rechnungshof stellte anlässlich einer Überprüfung der Gebarung vor 8 Jahren fest, daß Budgetüberschreitungen von unter 10 % gerade noch eine erträgliche Grenze darstellen. Wir sind mit einer Überschreitung von mehr als 10 % konfrontiert. Und das auf einem Gebiet, nämlich dem ordentlichen Haushalt, der von Haus aus mit überschaubaren Voranschlagspositionen behaftet ist, mit immer jährlich wiederkehrenden urbanen Aus- und Aufgaben, aber auch Einnahmen. Wir sind daher gezwungen, zu mehr Budgetwahrheit zu rufen, zu genauerer Festlegung von Voranschlagspositionen in den einzelnen Budgetgruppen. Besonders weit daneben geraten ist in diesem Zusammenhang die Ausweitung der Budgetgruppe 9 mit einer Überschreitung von nicht weniger als 23 % und die Gruppe 6 mit sogar 29 %, sowie die Gruppe 4 mit einer Überschreitung von 15 % gegenüber dem beschlossenen Voranschlag. Dies erscheint mir deswegen so wichtig zu sein, weil derart hohe Überschreitungen beschlossen wurden und durch diese Beschlüsse in Frage stehen. Noch dazu, wo es sich um eine Ausweitung handelt, die nahezu die 50 Mill. Schilling-Grenze erreicht. Bei einer Einzelbetrachtung fällt besonders bei den Ausgaben auf, daß die Bezüge der Organe gegenüber dem Voranschlag von 5,5 auf 6,6 Mill. Schilling gestiegen sind. Die Verschätzung der Ausgaben beim Statistischen Amt macht gleich 60 %, also einen Betrag von S 841.000,-, aus. Sogar die ohnehin hoch angesetzt gewesenen Kosten für die Pressestelle und das Amtsblatt von S 2,315.000,- wurden auf S 2,395.000,- ausgeweitet.

Man könnte diese Gegenüberstellung von einzelnen Positionen beliebig fortsetzen, ich möchte Sie jedoch nicht länger damit konfrontieren, sondern es bei diesen Beispielen, wie man es künftig nicht machen soll, belassen.

Nun noch einiges zur Einnahmenseite: Erfreulich ist die Tatsache, daß die Einnahme aus der Gewerbesteuer von der präliminierten Summe von 35 auf 54 Millionen laut Nachtragsvoranschlag gestiegen ist. Auch die Erträge aus der Lohnsummensteuer sind um 4 auf 62 Mill. gesteigert worden. Diesen erhöhten Einnahmen, aber auch einem erhöhten Bundesertragsanteil ist es schließlich zu verdanken, daß die erhöhte oder überschätzte Ausgabenseite von nahezu 50 Mill. im ordentlichen Haushalt einigermaßen ausgeglichen werden konnte.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zum ordentlichen Haushalt ist beim außerordentlichen Haushalt gegenüber dem beschlossenen Voranschlag bei der Ausgabenseite ein um 9 % höherer Anteil zu erkennen. Nachdem wir immer wieder diesen Budgetvorschlägen die Zustimmung gegeben haben, wollen wir diese Kritik nicht im Raum verhallen lassen, sondern ersuchen nochmals die verantwortlichen Stellen um mehr Budgetwahrheit, da diese Ausgaben bereits von der Presse festgestellt und dokumentiert wurden und daher eine Tatsache darstellen, die der Gemeinderat beschlossen hat. Wir werden aber trotzdem diesem Nachtragsvoranschlag 1981 seitens der Freiheitlichen Fraktion die Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für die Erklärung der FPÖ. Wortmeldungen sehe ich keine mehr. Ich möchte mir daher erlauben, selbst einige Bemerkungen hinzuzufügen. Dazu bitte ich Kollegen Schwarz um die Vorsitzführung.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche gleichzeitig Herrn Bürgermeister um seinen Beitrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geschätzter Gemeinderat, ich möchte die Sitzung nicht verlängern in ihrer Dauer, mir scheint aber doch, daß es wichtig wäre, einige ergänzende Bemerkungen zu dem bisher Gesagten zu machen.

Es kommt in den Ausführungen mehrmals der Ausdruck Budgetwahrheit oder mehr Budgetwahrheit vor. Niemand von uns zweifelt daran, daß der echte Wille dazu vom Finanzreferenten einerseits und von der Finanzverwaltung andererseits oder von der Magistratsverwaltung überhaupt besteht. Nun wird aber diese Budgetwahrheit von vielen Unsicherheiten betroffen, die vorher nicht genau einschätzbar sind. Ich möchte nur einige davon zitieren. Es war unser Wunsch, der Wunsch des Gemeinderates, den Kindergarten Resthof so schnell als möglich zu errichten und hier nicht abzuwarten, bis wir die Hilfsmittel dazu vom Land Oberösterreich bekommen. Wir haben hier vorfinanziert, um rasch die Nutzung einer so wichtigen Einrichtung zu bekommen. Damit sind wir aber dem Vorhaben, das wir im Jahr zuvor im Budget, in diesem Voranschlag 1981, festgelegt haben nicht treu geblieben. Logischerweise, muß ich sagen. Das aber wird den Bürger in Steyr oder jene Eltern, die ihre Kinder dort hinschicken, kaum berühren, ob wir richtig dotiert haben oder nicht. Maßgebend und entscheidend ist, daß eine Leistung erbracht wurde, die nunmehr nutzbar wird. Das ist ein Beispiel.

Hier hängt es auch von der Spontanität der Entscheidungen des Gemeinderates ab, ob solche Beschlüsse schon lange vorher erseh- oder erkennbar sind. Das gilt auch für Grundstückskäufe, auch die kann man nicht im Vorhinein einplanen in ihrer Größe, weil man ja nie weiß auf ein Jahr im voraus, welche und ob überhaupt Grundkäufe möglich sind. Da geht es meist um Millionen, das haben wir ja heute schon gesehen. Daher gibt es auch aus diesem Grund keine echte Budgetwahrheit.

Außerdem ziehen wir auch andere Beschlüsse, andere Entscheidungen vor im Interesse der Erfüllung unserer Aufgaben. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß die Abrechnung

der Auftragnehmer gerade bei unseren vielen Millionen-Bauvorhaben ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Veränderung im Nachtragsvoranschlag zum Voranschlag ist.

Ein weiterer Teil dieser Veränderungen liegt in der Beteiligung der Gemeinde an Bauvorhaben des Landes und des Bundes, ich meine besonders den Bundesstraßenbau, wo wir erst zwei, drei Jahre im nachhinein die Abrechnungen erhalten und wir im vorhinein nie genau wissen, wann diese Rechnungen kommen und wie sie bedient werden müssen. Ich darf darauf verweisen, daß wir gegenwärtig dem Bund – ich glaube, es sind etwa 7 Millionen Schilling – ausständig haben, eine Leistung der Gemeinde an den Bund für Beteiligung Ennstalbrücke usw. und umgekehrt wir vom Bund an die 3 Millionen herum erhalten werden. Das bedarf einer genauen Abstimmung, um hier zum Nettobetrag zu kommen. Das zieht sich mit den Bundesdienststellen oft sehr in die Länge und ist nicht schon lange Zeit vorher erkennbar.

Ein weiterer Bestandteil dieser Veränderungen liegt in der Verhandlung mit unseren Geldgebern, das sind Versicherungen, das sind Banken, das sind private Finanzierungsgesellschaften, das sind Subventionsgeber des Landes, des Bundes und Verhandlungen mit den Ministerien. Das sind lauter Dinge, die nicht auf lange Sicht berechenbar sind und daher mit einbezogen werden müssen in die Überlegung.

Schließlich sollte uns eines auch heute schon ein kleines Licht aufleuchten lassen. Es ist sehr erfreulich, daß wir durch die Gewerbesteuernachzahlungen auf der Einnahmenseite so gut abschneiden und daher die Veränderung gerade in dieser Richtung zur Mehrdotierung des außerordentlichen Haushaltes aus dem Titel der Mehreinnahme möglich ist. Auch diese Dinge sind nicht von vornherein feststellbar, andererseits muß uns aber klar werden, daß das im nächsten Jahr unter Umständen Einflüsse haben kann auf die Zuweisungen aus den Ertragsanteilen. Es könnte im nächsten Jahr leicht umgekehrt sein, daß wir mit etwas rechnen, was nicht kommt und dann sind wir in die gegenseitige Position gedrängt. Dort, wo es vom Magistrat und von den Entscheidungen des Gemeinderates, abhängig ist, werden wir sicherlich weitestgehend budgetgetreu arbeiten können, es sei denn, wir ziehen etwas vor, was uns so wichtig erscheint, daß wir es tun sollen oder wir sind abhängig von Leistungen anderer, wo wir eben diese Dinge nicht voraussehen, vorausberechnen und dadurch nicht in unsere Überlegungen einbauen können.

Das sollte man bei einer Debatte über Nachtragsvoranschlag bzw. über so starke Veränderungen im Nachtragsvoranschlag zum Voranschlag auch mit berücksichtigen.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seinen Diskussionsbeitrag und übergebe wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine Wortmeldung mehr. Daher gibt nun der Referent das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätzte Mitglieder des Gemeinderates!

Sei es ein Nachtragsvoranschlag oder ein Voranschlag, die umfangreiche Zahlenwerke darstellen, die nicht sehr leicht zu lesen sind – auch nicht für den, der täglich damit umgeht, und schon gar nicht für Betrachter, die sich nur gelegentlich und flüchtig damit befassen und sich schon bei der Interpretation, wie man gesehen hat, schwer tun. Es können dadurch Irrtümer entstehen, die durchaus einer ehrlichen Absicht zugrunde liegen, aber nichts desto trotz Irrtümer bleiben.

Nun gestatten Sie mir, daß ich ein paar Dinge erwähne. Der Herr Bürgermeister hat mir dankenswerterweise schon verschiedenes zum Begriff Budgetwahrheit vorweg genommen. Ich kann mir daher ersparen, das nochmals zu erwähnen. Es sind aber trotzdem einige Beschuldigungen – wenn man das so bezeichnen kann – vorgebracht worden und es ist unter Fragezeichen gestellt worden, ob die Ausweitung der Gewerbesteuer denn gar so

überraschend gekommen ist. Ich glaube, das erübrigt sich wenn ich sage, es ist eine Nachzahlung über drei Jahre gewesen und es müßten hellseherische Fähigkeiten in der Finanzverwaltung bestehen, wenn man das schon voraussehen hätte können. Ich glaube, das alleine beweist schon, daß es nicht voraussehbar ist.

Vom gleichen Redner ist gewissermaßen kritisiert worden, daß wir aus Einlagen, die die Gemeinde macht, Zinsen in einer Höhe von ca. 2,7 Mill. Schilling erzielt haben und auf der anderen Seite Kredite aufgenommen haben. Also wir wüßten anscheinend nicht, wenn wir Kredite aufnehmen sollen, denn sonst wäre es nicht erklärbar, daß wir Geld einnehmen. Das ist so einfach zu erklären. Es ist noch nicht einmal der Kreditrahmen, den der Gemeinderat hier bewilligt hat, also Kredite, die wir aufnehmen wollten, ausgeschöpft. Warum? Weil wir Mehreinnahmen, also nicht vorhergesehene Mehreinnahmen erzielt haben und es daher nicht notwendig war, diesen bewilligten Rahmen auszuschöpfen. Wir müssen vorsorgen, das Geld muß flüssig sein, damit die Verwaltung arbeiten kann. Es wird kein Kredit abberufen. Er ist hier und niemand weiß, daß plötzlich eine Nachzahlung kommt in der Höhe von 19 oder 20 Millionen Schilling. Das Geld wird momentan also nicht gebraucht, infolgedessen wird es zinsengünstigst eingelegt. Hier ist keinerlei Absicht, sondern es wird nur den gegebenen Umstände Rechnung getragen. Das soll man schon wissen und das läßt sich leicht erklären. Es sind hier Ausführungen gegeben worden, daß gewisse Steuererträge von 4 - 62 Millionen Schilling angestiegen wären. Das ist nirgends zu ersehen, es kann sich nur um einen Verleser gedreht haben.

Und wenn eine Rechnungshofkritik - Kollege Holub, das betrifft nicht Sie, sondern Kollegen Eichhübl - hier in den Raum gestellt wird, daß Ausweitungen über 10 % die Grenze des Erträglichen wären, dann kann man nur eines sagen, es gibt hier eine einfache Erklärung. Es stimmt bei weitem nicht, und wenn Sie sich nur überlegen, Kollege Eichhübl, wenn wir eine Nachzahlung bekommen und die Mehreinnahmen ergeben eine größere Ausweitung wie 10 %, sollten wir dann um der Kritik willen vielleicht dem Finanzministerium die Nachzahlung zurückschicken, damit wir nicht diese Ausweitung erzielen? Also sic taciusses, philosophus mansisses kann man hier nur sagen.

Ich glaube, ich mußte diese Aufklärungen geben, damit etwas mehr Verständnis für dieses Zahlenwerk herrscht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort des Referenten und auch für seinen lateinischen Beitrag. Ich glaube, wir können vor der Abstimmung eines sagen. Wir haben alle Ursache, uns über diese Entwicklung, die wir nicht allein beeinflußt haben, zu freuen. Ich danke namens des Gemeinderates dem Finanzreferenten für seine genaue Arbeit. Gleichzeitig danke ich auch der Beamtenschaft in der Finanzverwaltung, die an diesem Rechnungswerk gearbeitet hat. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir jedes Jahr nur diese Kritik in Anspruch nehmen müßten, daß wir durch Mehreinnahmen weniger Belastung haben oder Veränderungen im Budget vornehmen müssen, die nicht vorgesehen waren. Das wäre für uns alle die geringste Belastung, die wir zu tragen hätten.

Der Antrag steht zur Abstimmung. In Anbetracht der Wichtigkeit frage ich, wer dem Antrag zustimmt. Bitte geben Sie in diesem Fall ein Zeichen mit der Hand? Ich stelle fest, daß hier einstimmig dem Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1981 zugestimmt wird. Ich danke.

Ich erteile nunmehr das Wort dem nächsten Berichterstatter, Frau Anna Kaltenbrunner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Wertes Präsidium, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses zur Beschlußfassung unterbreiten. Er beschäftigt sich mit dem Wegfall der Umsatzsteuer bei den Heimkostensätzen.

Er lautet:

6) SH-2511/81

Zentralaltersheim der Stadt Steyr; Heimkostensätze; Wegfall der Umsatzsteuer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA V vom 11. November 1981 wird der Beschluß des Gemeinderates vom 14. Mai 1981 dahingehend geändert, daß bei den Heimkosten- und Regiekostensätzen der Zusatz "inklusive 8 % Umsatzsteuer" wegfällt. Die jeweiligen genannten Kostensätze bleiben weiterhin unverändert in Geltung. Eine Änderung in der Zahlungspflicht der Selbstzahler tritt somit nicht ein. Vorstehende Regelung tritt mit 1. Dezember 1981 in Kraft.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Damen und Herren.

Die Kollegin Kaltenbrunner hat diesen Antrag auf Wegfall der Umsatzsteuer, wie er hier steht, ganz harmlos vorgetragen. An und für sich nach der Antragstellung sagt das nicht sehr viel aus, wenn man liest, bei Heimkosten- und Regiekostensätzen soll der Zusatz "inklusive Mehrwertsteuer" entfallen. Die jeweiligen Kostensätze bleiben weiterhin unverändert. Diese Harmlosigkeit möchte ich doch ein wenig näher erklären, ungefähr so, wie ich es schon im Finanz- und Rechtsausschuß getan habe. Ich habe dort auch versucht, die Mehrheit dieses Ausschusses umzustimmen. Bekanntlich wurden in der Sitzung vom 14. Mai 1981 die Heim- und Regiekostensätze mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion, also der SPÖ, der ÖVP und natürlich mit denen der Freiheitlichen Partei zum zweiten Mal erhöht, nämlich a) im Jänner und b) mit diesem Beschluß um 10 - 43 %. In diesen erhöhten Heimkostengebühren ist ja eine 8 %ige Umsatzsteuer enthalten. Auf Grund eines Entscheides des Verwaltungsgerichtshofes vom 26. Februar 1981 sind sämtliche Leistungen der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger von der Entrichtung der Umsatzsteuer befreit. Mit diesem Entscheid ist eine alte Forderung der KPÖ-Fraktion nach Befreiung kommunaler, sozialer Leistungen von der Mehrwertsteuer zumindestens bei den Heim- und Pflegegebühren im Zentralaltersheim erfüllt. Diese Umsatzsteuer besteht nach wie vor bei allen anderen Leistungen, wie z. B. beim Kindergarten und auch bei den Mieten. Hier gilt es, dies von meiner Seite her noch öfters aufzuzeigen, bis man sich entschließt und feststellt, daß es sich hier um eine unsoziale Massensteuer handelt. Ich bin daher mit der vorgeschlagenen Beibehaltung, wie es im Antrag heißt, der bisherigen Heimkostensätze auch nicht einverstanden und verlange die sofortige Rückführung der bereits eingehobenen 8 %igen Umsatzsteuer an die Pensionisten, weil keine Umsatzsteuer an die Finanzverwaltung von uns abzuführen ist. Im heurigen Jahr wurden rund 700.000 Schilling an Umsatzsteuer einbehalten und dieser Betrag soll nach Auffassung der KPÖ-Fraktion noch vor Weihnachten rückerstattet werden. Die derzeitigen monatlichen Heimkostensätze bewegen sich - falls Sie es nicht mehr wissen sollten - seit Mai von 3.900 Schilling bis 8.250 Schilling. Sie sollen mit Beginn des kommenden Jahres um den Betrag der 8 %igen Umsatzsteuer, das heißt um 320 Schilling bis 660 Schilling, je nach Heimkostensatz, gesenkt werden, da - wie bereits von mir erwähnt - diese Beträge nicht mehr an das Finanzamt abzuführen sind.

Ich glaube, das ist für uns sogar eine moralische Verpflichtung, daß auf Grund dieser hohen Heimkostensätze auf jeden Fall die Umsatzsteuer, die wir nicht mehr bezahlen müssen, abgezogen wird. Und so unter Umständen, wie manche glauben, den Zuschußbedarf für diese soziale Leistung, nämlich des Zentralaltersheimes, zu zahlen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Redner ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorweg nehmen, wertest Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir diesem verschleierte Erhöhungsantrag die Zustimmung seitens der

Freiheitlichen GR-Fraktion nicht geben werden. Ich bezeichne diesen Antrag deswegen als verschleierte Erhöhungsantrag, weil diese bewußten 8 % eine Bundessteuer waren und bis dato von der Stadtgemeinde an den Bund abgeliefert werden mußten. Wenn nun die Stadtgemeinde die gleich hohen Kostensätze in Zukunft einhebt, dann hat sie tatsächlich eine 8 %ige Erhöhung, was diese Beiträge betrifft, zu erwarten. Es ist zweifelsohne richtig, daß gerade in diesem Bereich ein sehr hoher Zuschußbedarf in der Höhe von 17 Millionen Schilling besteht. Wenn aber tatsächlich eine Erhöhung notwendig sein sollte, dann bitte ich Sie, das mit einem klaren Antrag, mit einem klaren Antragstext, mit dem sich der Gemeinderat zu befassen hat, zu tun. Es ist aber nicht einzusehen, daß jetzt die gleich hohen Sätze eingehoben werden müssen mit dem Hintergedanken, daß die Betroffenen das sowieso nicht bemerken, weil ja für diese die Beträge gleich bleiben. Wir vertreten die Ansicht, daß hier ungerechtfertigt ein Betrag in der Höhe von 8 % eingehoben wurde und es wäre sogar zu überlegen, ob nicht dieser Betrag rückerstattet werden müßte.

Wir werden daher aus den angeführten Gründen die Zustimmung zu diesem Antrag nicht geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis. Ich frage, ob noch jemand zu sprechen wünscht? Das ist nicht der Fall, ich möchte daher vor dem Schlußwort der Referentin dem Rechnungsdirektor das Wort zur Aufklärung geben, weil hier in dem Beitrag scheinbar einige Mißverständnisse aufgetreten sind. Ich nehme für diese Worterteilung das Statut in Anspruch.

RECHNUNGSDIREKTOR OAR LUDWIG STARY:

Werter Gemeinderat, ich möchte dazu, und zwar zu beiden Rednern, etwas sagen. Diese eingenommene Mehrwertsteuer von heute, diese 700.000 Schilling, stimmen, aber die hat der Bund bereits. Es muß ja jedes Monat von den Einnahmen die Vorsteuer abgeführt werden und eine Vorsteuer, eine Mehrwertsteuer, die entrichtet ist, bekommen sie nicht zurück. Es ist unmöglich, diese zurück zu erhalten, das ist im Gesetz begründet, weil – obwohl es hier kaum zutreffen könnte – wenn es sich um eine normale Mehrwertsteuer handelt, ein anderer diese Mehrwertsteuer schon wieder als Vorsteuer abgezogen haben könnte. Darum bekommt man sie nicht mehr zurück.

Zum zweiten Redner gesagt, das ist keine Erhöhung der Gebühren, sondern die Gebühren bleiben gleich. Wie die Mehrwertsteuer eingeführt wurde vor 4 oder 5 Jahren, sind damals die Gebühren nicht erhöht worden, sondern es hat die Gemeinde gesagt, wir schreiben einfach inklusive 8 % Mehrwertsteuer. Da haben wir damals auf einen Teil verzichtet und dieser Teil würde jetzt wieder zurückfließen. Der braucht erst dann von uns nicht mehr abgeführt werden, wenn aus dieser Preisordnung das heraußen ist "inklusive 8 % Mehrwertsteuer". So lange das drinnen ist, müssen wir es bezahlen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Aufklärung. Ich glaube, das war sehr wesentlich, vor allem für jene Mitglieder des Gemeinderates, die bei dem damaligen Beschluß noch nicht in diesem Gremium vertreten waren. Die 8 % wurden damals von den Heimsassen nicht entrichtet werden, dafür können sie jetzt nicht weniger zahlen, wenn wir diesen Beschluß fassen.

Darf ich die Referentin um das Schlußwort bitten? Kollege Tremml hat sich vorher noch einmal zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich bin dem Herrn Rechnungsdirektor sehr dankbar, das konnten wir nicht wissen. Wir haben nur gesehen, daß hier 700.000 Schilling hereingeflossen sind, das andere konnten wir nicht wissen. In diesem Beschluß, den Sie heute fassen, nämlich daß die 8 % bleiben, das heißt, daß mit 1. Oktober – ich nehme nicht an, daß Sie die Mehrwertsteuer

schon für das ganze Jahr bezahlt haben – diese Mehrwertsteuer nicht mehr bezahlt werden muß, es betrifft also doch noch einige Monate dieses Jahres. Man könnte einen verringerten Betrag zurückzahlen bzw. man könnte die Heimkostensätze um diese Beträge im kommenden Jahr senkt.

RECHNUNGSDIREKTOR OAR LUDWIG STARY:

Das geht erst ab 1. 12. Bevor die Vorsteuer hinaus geht, muß das heraußen sein.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe mich versprochen, ab 1. Dezember, dann betrifft es 1 Monat.

OAR LUDWIG STARY:

Bis 30. 11. müssen bis das bezahlen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die Referentin kommt jetzt zum Schlußwort.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Ich darf einige Worte zur Freiheitlichen und Kommunistischen Partei sagen. Nachweislich hat die Stadt Steyr in den vergangenen Jahren einige Male die Valorisierung der Heimkostensätze, die analog zur Pensionsdynamik möglich gewesen wäre, nicht vorgenommen und so ein hohes Maß an sozialer Einstellung gegenüber den Bewohnern des Zentralaltersheimes gezeigt. Das Zentralaltersheim war ja immer eines der billigsten Altenheime von Oberösterreich. Es ist auch heute noch, nach der Gebührenerhöhung per 1. 7. 1981 noch immer kostengünstig. Die Gebühren für die Heimbewohner bleiben ja gleich. Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen kommen ja der Bemühung der Verwaltung des Zentralaltersheimes entgegen und versetzen diese in die Lage, mehr als bisher Anschaffungen tätigen zu können bzw. Maßnahmen zu setzen, welche die Lebensqualität unserer alten Bürger sicherlich verbessern helfen.

So gesehen kommen diese Mehreinnahmen wieder den Heimbewohnern zugute, sodaß Verständnis für diese Maßnahme erwartet werden kann.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den eingebrachten Antrag? Ich muß fairerweise auch Kollegen Treml fragen, ob er dagegen ist? Ich muß das Kompliment, das Du Kollegen Mausz gegeben hast, weitergeben, Du hast auch nicht aufgepaßt. Der Antrag ist mit 3 Gegenstimmen (2 FPÖ, 1 KPÖ) angenommen. Danke.

Wir kommen zum nächsten Berichterstatter Kollegen Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Verehrtes Präsidikum, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorzutragen. Der Antrag lautet:

7) Wa-4125/73

Mülldeponie Steyr; Errichtung eines Sperrbrunnens sowie einer Beobachtungssonde.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III wird der Auftrag zur Errichtung eines Sperrbrunnens sowie einer Beobachtungssonde im Bereich der Mülldeponie der Stadt Steyr an die Firma Kuthy & Schober zum Preis von S 536.326,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden erst im kommenden Rechnungsjahr freigegeben.

Die Begründung im Amtsbericht lautet, das ist erforderlich, um die Gefahr einer Verschmutzung zu vermeiden.

Ich ersuche Sie, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Will jemand zu diesem Antrag sprechen? Das ist nicht der Fall. Stimmt jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen einen Antrag des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen, er lautet:

8) Bau6-6488/76

Kanalisation der Stadt Steyr, BA 04; Errichtung der Kanalisation
Steyr-Münichholz - Hinterbergstraße-Nord.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 12. 11. 1981 wird der Auftrag zur Errichtung der Kanalisation Hinterbergstraße-Nord in Steyr - Münchenholz an die Firma Adami, Steyr, zum Preis von S 1,537.645,- übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,538.000,-- (Schilling eine Million fünfhundertachtunddreißigtausend)

werden bei VSt 5/8111/0507 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag beizutreten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorzutragen. Er betrifft die Wiederherstellung der Fahrbahnbefestigung im Bereich des Ennskais von Zwischenbrücken bis Obere Kaigasse und lautet:

9) Bau6-3963/79

Wiederherstellung der Fahrbahnbefestigung im Bereich des
Annskais von Zwischenbrücken bis Obere Kaigasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverordnung vom 23. Oktober 1981, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt:

Auf Grund des Amtsberichtes des Stadtbauamtes vom 15. 10. 1981 wird der Auftrag zur Wiederherstellung der Fahrbahnbefestigung im Bereich des Ennskais von Zwischenbrücken bis Obere Kaigasse an die ARGE HS B (Beer & Janischofsky, Hamberger, Negrelli, Zwettler) zum Preis von

S 1,220.000,-- (eine Million zweihundertzwanzigtausend)

übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei VSt 1/6120/6110 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Vortrag. Gibt es zum Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Stimmt jemand dagegen? Enthaltungen? Beides nicht, somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun gemäß Geschäftsordnung und Statut zur Behandlung des eingebrachten Dringlichkeitsantrages. Er weist die nötige Zahl von Unterschriften auf und hat zum Inhalt die Hangsicherungsmaßnahmen am Unteren Schiffweg. Ich bitte Kollegen Wallner um den Bericht.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich außerordentlich, daß ich Ihnen diesen Dringlichkeitsantrag, der von allen im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Parteien gefaßt wurde, zur Beschlussfassung vorlegen darf. Er betrifft die - wie schon Herr Bürgermeister erwähnte - Hangsanierung im Bereich des Oberen und Unteren Schiffweges und lautet:

Bau3-4573/79

Hangsanierung im Bereich des Oberen
und Unteren Schiffweges -

Dringlichkeitsantrag zur Arbeitsvergabe

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 11. 1981 werden die Bauarbeiten zur Hangsanierung im Bereich des Oberen und Unteren Schiffweges der Firma Baumeister Dipl. Ing. Franz Adami, Steyr, zum Bestbieterpreis von S 2,829.699,- inkl. USt. übertragen.

Die Mittelfreigabe erfolgt gesondert im Haushaltsjahr 1982.

Die Dringlichkeit besteht im öffentlichen Interesse an einer möglichst raschen Wiedereröffnung des Unteren Schiffweges, wozu die Hangsanierung nach dem vorliegenden geologischen Gutachten des Universitätsprofessors Dr. Kurt Vohryzka unabdingbare Voraussetzung ist.

Ich darf Sie herzlich bitten, diesem Dringlichkeitsantrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für Vortrag und Antragstellung. Haben Sie dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, darüber wurde ja schon ausreichend diskutiert. Wir stimmen ab. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht angezeigt, somit liegt ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates vor.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde schreiten, möchte ich Ihnen noch eine kleine Mitteilung machen. Sie werden vielleicht gehört haben, daß in unseren Stadtsaal eingebrochen wurde und dabei Schäden verursacht wurden. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß die Schadenssumme für die Gemeinde ca. 39.000 Schilling ausmacht und die Pächterin Hildegard Wimmer einen Schaden von 79.000 Schilling erlitten hat. Die Beträge sind durch Versicherungen gedeckt, die Firmenaufträge zur Instandsetzung sind bereits vergeben. Nachdem es sich bei den Verursachern um Minderjährige handelt, darf ich Ihnen die Namen nicht zur Kenntnis bringen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Wir gehen in der üblichen Weise vor, erste Stellungnahme seitens der SPÖ, in der Reihenfolge der Größe der Parteien. Das gleiche gilt für die Wortmeldungen. Seitens der SPÖ bitte ich nun Stadtrat Wippersberger zu Wort.

Beginn der Aktuellen Stunde: 16.46 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich möchte noch einmal betonen, es können keine Anfragen an Referenten sein, sondern nur Themen dürfen angeschnitten werden.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Unser aller Bestreben ist – und das ist sicherlich keine Übertreibung – es, unsere Stadt schöner und lebenswerter zu machen. Gerade in dieser Hinsicht ist in Steyr sehr viel getan worden in den letzten Jahren. Umso bedauerlicher und schmerzhafter für uns ist es, wenn an einer der Einfahrtsstraßen nach Steyr sich ein Bild darbietet, das alles andere als schön ist. Ich meine die Situation beim Landeskrankenhaus. Nicht nur der Anblick dieser riesigen Schutthalde, dieser Gstätten, wird langsam unerträglich für in Richtung Steyr fahrende Fahrzeuglenker, sondern auch für Fahrzeugbesitzer, die Samstag und Sonntag das Krankenhaus besuchen und dort parken wollen, ist das sehr unangenehm. Im Umkreis von fast 1 km rund um das Krankenhaus sind Samstag, Sonn- und Feiertag alle Straßen und Wege verparkt. Es gibt dauernd Schwierigkeiten und Reibereien, weil parkende Fahrzeuge Grundstücksaus- und -einfahrten verstellen. Außerdem kommt es dauernd zu Unmutsäußerungen der dort wohnenden Bevölkerung. Es ist daher hoch an der Zeit, werte Kolleginnen und Kollegen, daß dort endlich Abhilfe geschaffen wird und daß endlich diese Gstätten beseitigt wird und daß wir dort Parkoöätze vorfinden, die den Anforderungen entsprechen.

In diesem Sinne ersuche ich den Herrn Bürgermeister, diesbezüglich beim Land Oberösterreich vorstellig zu werden, damit dieser unerträgliche Zustand beim Landeskrankenhaus endlich abgeschafft wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das Thema steht zur Behandlung. Wünscht jemand aus der ÖVP dazu eine Stellungnahme? Kollege Fritsch bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Das, was Kollege Wippersberger aufgezeigt hat, ist sicherlich änderenswert, ist gleichzeitig aber nicht begründet in einer Säumigkeit der zuständigen Stellen, sondern begründet vorwiegend im Bezug auf die geplanten Bauvorhaben im Bereich des Landeskrankenhauses Steyr. Sie alle miteinander wissen, daß dort die Bautätigkeit nicht abgeschlossen ist, man unter Umständen Schuttmaterial zur Füllung dieser Mulde hätte heranziehen können. Das Problem als solches, Kollege Wippersberger, ist allgemein bekannt, ist jedem von uns bekannt. Ich glaube, man muß nicht einmal mehr den Herrn Bürgermeister nach Linz als Bittsteller schicken, denn nach meinen Informationen von den zuständigen Stellen des Amtes der OÖ. Landesregierung ist bereits der Auftrag ergangen, – entsprechende Witterung vorausgesetzt – die Mulde zu füllen, zu planieren, zu asphaltieren bzw. staubfrei zu machen und ca. 130 neue Parkplätze zu schaffen. Es ist nur mehr eine Frage der Witterung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Nächste Wortmeldung FPÖ? Keine Wortmeldung. KPÖ? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

-Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist sehr schön, wie unser Vizebürgermeister Fritsch jetzt dem Gemeinderat mitteilte, regt Euch nicht auf Mehrheit, es ist alles schon im Gange. Ich glaube, normalerweise müßte in einer solchen Situation doch die Gemeinde massiver vordringen, rechtzeitig vordringen auch bei der Landesregierung, daß ein so unschöner Anblick bei der Einfahrt nach Steyr frühzeitig beseitigt wird. Nach Deinen Mitteilungen scheint es doch so, daß man nicht zuwartet mit größeren Umbauten, die Möglichkeit des Aufschüttens zu benützen, sondern daß es hier wirklich Säumigkeit war, daß man diese Planierung und die Schaffung von Parkplätzen nicht durchgeführt hat. Momentan habe ich ja geglaubt, als Kollege Wippersberger gesprochen hat, daß er die unschöne Ansicht bei der Einfahrt von Gleink nach Steyr meint, also das Neudeck-Gebäude.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich habe jetzt jede Fraktion um die Wortmeldung gefragt.

Ich möchte mir auch eine kleine Bemerkung dazu erlauben. Wir haben diesbezüglich früher schon mehrmals beim Land Oberösterreich das Begehren gestellt, endlich einmal die Fertigstellung der Parkplätze vorzunehmen. Das wurde immer damit begründet, daß der Neubau der Chirurgie so viel Aushubmaterial schafft – das wurde ausgerechnet – daß man diese Grube damit füllen kann. Ich habe kürzlich erst gehört, daß der Neubau zurückgestellt ist und daher mit diesem Aushubmaterial in der nächsten Zeit nicht zu rechnen ist. Wenn ich jetzt die Nachricht höre, daß dennoch aufgefüllt wird, so ist das für uns nur erfreulich, obwohl vor allem im Bereich der Überführung und des Zuganges zum Spital auch ein Mißstand besteht, der einmal behoben gehört. Wenn der Parkplatz gerichtet wird, so muß auch das Umland mit einbezogen werden.

Überdies ist diesbezüglich bereits ein Schreiben an die Landesregierung ergangen vom Magistrat, damit man diesem Problem, also der Gestaltung des Umlandes um das Krankenhaus, mehr Augenmerk widmet.

Wir sind mit diesem Problem fertig. Wir kommen nun zur ÖVP. Die ÖVP hat, wie ich bereits weiß, ein Thema, und zwar Wohnungsprobleme. Ich bitte dazu Kollegen Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

In der Aktuellen Stunde hat jede Gemeinderatsfraktion die Möglichkeit, aktuelle Themen zur Sprache zu bringen. Der Herr Bürgermeister hat zur Eröffnung der Aktuellen Stunde schon angeführt, daß Anfragen an Referenten nicht Gegenstand der Aktuellen Stunde sind. Fassen Sie meinen Beitrag jetzt also nicht als Anfrage und auch nicht als Angriff gegen irgend jemanden hier im Raum auf, sondern als ehrliches Bemühen, daß man über große Probleme auch einmal im Plenum sprechen sollte. Wir haben uns im Wohnungsausschuß – das wissen alle Mitglieder – schon oftmals Gedanken darüber gemacht, wie wir die nunmehr recht üble Situation am Wohnungsmarkt eher in den Griff bekommen. Die Situation ist gekennzeichnet von einer eklatanten Kostenschere, die Wohnungen werden zunehmend teurer, sodaß die Bereitschaft unserer Bürger und auch die Fähigkeit unserer Bürger laufend abnimmt, diese Wohnungen tatsächlich auch zu benutzen. Die Mieten sind nach der neuen Wohnbauförderung natürlich – das wissen wir alle – unterstützt durch die Subjektförderung. Peinlich wird es in Zukunft werden bei ledigen Personen, die die Wohnbeihilfe nicht mehr in Anspruch nehmen können. Ich fürchte sehr, daß wir in nächster Zeit noch ganz gewaltige Probleme auf dem Mietensektor erleben werden, die die derzeitigen Probleme mit den Mietentrückständen noch beachtlich übersteigen werden. Das kann nicht die Sorge eines einzelnen Referenten sein, das kann nicht Sorge des Bürgermeisters allein sein, sondern da müssen wir alle im Gemeinderat uns ernsthaft Gedanken machen, wie kann die Entwicklung im sozialen Wohnbau in der Stadt Steyr überhaupt noch weitergehen? Wenn man in andere Städte schaut, so merkt man, daß der Drang zu Neubauwohnungen immer geringer wird und daß die Neigung, ältere Wohnungen zu beziehen, wieder zunimmt. Die größte Schwierigkeit, die sich dabei stellt, ist, wir können nicht alte Wohnungen bauen. Es wird also möglicherweise notwendig sein, daß wir uns Gedanken machen, wie weit der soziale Wohnbau tatsächlich noch den Bedürfnissen des sozialen Wohnbaues nachkommt, wie weit wir nicht am Bedarf vorbeibauen mit Wohnungen.

Das wird das erste sein und zweitens wird es notwendig sein, daß alle Parteien, die auf der politischen Szene in Oberösterreich und Österreich tätig sind, sich Gedanken machen um eine Verbesserung der Förderungssituation im Mietwohnungsbau und im Betreiben und Aufrechterhalten von Mietverhältnissen. Es wurde heute schon mehrmals Stellung dahingehend bezogen, daß man jederzeit Wohnungen haben könnte, nur die Leute, die sich diese Wohnungen leisten können, haben wir nicht mehr. Wir wissen alle hier in dieser Runde, daß wir eine ganze Reihe von Kandidaten hätten zum Aussiedeln aus diesen Wohnungen, weil sie ihren Mietverpflichtungen nicht nachkommen. Man kann diesen Mitbürgern der Stadt Steyr nicht in allen Fällen unterstellen, daß sie die Mietzahlung aus Böswilligkeit unterlassen. Es wird sicher bei den säumigen Mietenzahlern den einen oder anderen dabei geben, der der Auffassung ist, daß das Wohnrecht so aufzufassen ist, daß die Öffent-

lichkeit auch seine Mieten zahlen soll. Diese Fälle sollte man doch nicht als Normalfall ansehen. Manche Menschen kommen halt bei den steigenden Kosten immer mehr in Finanzierungs-schwierigkeiten. Es ist bedauerlich, daß das Wohnungsamt nicht abprüfen kann, ob der Wohnungswerber tatsächlich bereit und in der Lage ist, in Zukunft seine Mieten zu bezahlen. Vielleicht sollten wir hier den Weg gehen, daß wir irgendwie die Möglichkeit herbeiführen, daß eine Einschau in die Einkommensverhältnisse ermöglicht wird. Ich weiß, daß die derzeitigen gesetzlichen Lagen erstens dagegen sind, ich weiß, daß man dann unterstellen könnte, es wird asozial vergeben. Nur ist das eine Problem noch dabei, daß jemand, der jetzt eine teure Wohnung bekommt, nur weil er eine braucht, die teure Wohnung auch nimmt und dann delogiert werden muß, weil er der Mietenverpflichtung nicht nachkommt. Ich weiß nicht, ob das dann für denjenigen so glücklich ist, wenn er zuerst sozial mit einer Wohnung beteiligt wurde und dann aus Gründen der Finanzierbarkeit diese wieder verliert. Ich finde, daß man diese Probleme wirklich diskutieren soll und finde das nicht als Hader oder Möglichkeit, daß man zwischen den Parteien um irgend etwas hadert. Sei das jetzt gesagt, weil die Meinung so und die andere so ist, oder sei es, weil sich einer mit Zwischenrufen gymnastisch betätigen will. Dieses Thema ist wirklich viel zu ernst, als daß man darin nur die Absicht eines Streites erblicken könnte. Das Einzige, was man dahinter erblicken kann, sind die großen Probleme unserer Mitbürger und um die müssen wir uns annehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Die erste Stellungnahme dazu kommt von der SPÖ, und zwar hat sich Stadtrat Zöchling als Wohnungsreferent zu Wort gemeldet.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Heute hat mir Kollege Holub aus dem Herzen gesprochen. Er hat im großen Kreis der Gemeinderatssitzung über ein Problem, das uns alle betrifft, und zwar über die Wohnungen in Steyr, gesprochen. Sie wissen, daß wir über 1.200 Wohnungssuchende haben, Sie wissen, daß der Großteil Wohnungsverbesserer sind, daß vielen die Wohnung zu klein geworden ist. Wir wissen aber auch, daß wir über 400 Ansuchen für Pensionistenwohnungen haben. Die letzten Wohnungen, die am Bergerweg bzw. im Resthof gebaut wurden, sind sehr teuer. Dabei muß ich sagen, nicht die Mieten, sondern im besonderen natürlich – das wissen Sie selber – sind es die Betriebskosten, die enorm gestiegen sind. Die Betriebskosten machen heute fast 50 % des Mietzinses aus, natürlich fällt dieses Drittel bei der sogenannten Wohnbeihilfe weg, sodaß der Mieter tatsächlich mehr für diese Wohnungen bezahlen muß. Wir sind aber auch vor einigen Jahren weggekommen von den Standardwohnungen, von den sogenannten Volkswohnungen sind wir auf Komfortwohnungen übergegangen, das heißt, wir haben Schwierigkeiten gehabt, am Bergerweg eine Dreiraumwohnung zu vergeben. Das war eine Dreiraumwohnung mit 93 Quadratmetern und einem Mietzins von S 4.540,-. Wenn eine Familie mit zwei Kindern unter Umständen diese Wohnung bekommt, wäre diese mit der Wohnbeihilfe vielleicht in der Lage, diese Wohnung zu nehmen. Aber mit drei Räumen bei zwei Kindern ist die Wohnung von Haus aus schon wieder zu klein. Inzwischen ist diese Wohnung allerdings an eine Familie mit 2 Kindern vergeben worden. Ein anderes Beispiel, im Resthof ist eine Wohnung, vier Räume und 123 m², Mietzins 5.921 Schilling. Das ist sehr viel und wenn wir an Jungfamilien denken, es wird sich kaum eine solche diese Wohnung leisten können. Mit 20 oder 21 Jahren steht ein Mensch am Beginn seiner Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz und ist kaum in der Lage, eine solche Wohnung zu bezahlen. Ich glaube daher, daß wir bei den nächsten Wohnungen doch wieder auf mehr aber dafür kleinere Räume zurückgehen müssen. Wir sollten aber auch versuchen, die Ausstattungsverordnung – das ist zwar Landessache – zu ändern, Das heißt, und die Erfahrung hat das gezeigt, daß keiner die Standardausführung der Küche benützt, sondern eben eine Einbauküche selbst finanziert. Das gleiche gilt für die sanitären Anlagen usw. Hier könnte man Einsparungen treffen, das würde auch den Baukostenzuschuß niedriger halten und jeder kann sich die Einrichtung so gestalten, wie er selbst will. Sie alle wissen, daß die Fliesen und ähnliches bei dem Professionisten gekauft werden müssen, der dort die Arbeiten übernommen hat. Das heißt wieder, daß natürlich bei

Zurücknahme der Standardausrüstung der Mieter ohne Gegenanbot die selbst ausgesuchten Waren kaufen muß.

Ein weiteres Beispiel und vor allen Dingen ein Wunsch von mir persönlich wäre, daß wir die Pensionistenwohnungen fördern und forcieren. Wir wissen, daß die Pensionistenwohnungen sicherlich angenommen werden, ganz egal in welchem Stadtteil. Wir hätten dadurch die Möglichkeit für sogenannte Startwohnungen, die jetzt in den Medien so oft besprochen werden, weil junge Menschen diese Wohnungen von unseren Pensionisten als Startwohnungen benützen könnten für einige Jahre und hätten nachher noch immer die Möglichkeit, in eine bessere, schönere Wohnung zu übersiedeln. Die Wohnungen unserer Pensionisten, sei es am Tabor, auf der Ennsleite oder im Münichholz sind sehr schön und auch gut ausgestattet. Das könnten wirklich Startwohnungen werden.

Ich würde daher den Gemeinderat und vor allem unseren Bürgermeister bitten, bei den nächsten Vergaben am Bergerweg die Pensionistenwohnungen vorzuziehen, sofern wir die Bewilligung vom Land bekommen, sodaß wir dann wiederum Startwohnungen für junge Menschen zur Verfügung stellen können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Beitrag FPÖ, Herr Kollege Mausz bitte.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Hohes Präsidium, geschätzte Damen und Herren!

Das Problem, das Kollege Holub angeschnitten hat, ist ein sehr brennendes, und ich bin ihm dankbar, daß er das angeschnitten hat. Denn, wenn man das bis ins Letzte durchdenkt, nämlich daß es sein kann, daß unter Umständen keine Wohnungsbeihilfen mehr gezahlt werden, weil das Geld nicht mehr vorhanden ist, dann ist das totale Chaos da. Ich bin überzeugt, daß sich dann viele Menschen diese neuen Wohnungen, die sie bewohnen, einfach nicht mehr leisten können. Den Stein des Weisen zu finden ist natürlich sehr schwierig, weil einfach die wirtschaftliche Entwicklung dahintersteht, die weltweit ist und wir das nicht verhindern können. Es würde vielleicht doch etliche Maßnahmen geben, bei denen man Kosten herunterdrücken könnte. Eine ist sicherlich, wie Herr Stadtrat Zöchling angeführt hat, daß man vom Luxus zum Standard zurückkehren muß, um für junge Leute oder auch ältere und kinderreiche Familien, die sagen, wir brauchen nicht so viel Luxus, für uns ist eine Standardwohnung gut genug, aber dafür soll sie kostenmäßig günstig sein, solche zu bekommen. Wenn man die Mieten anschaut, muß man sie in zwei Teile zerlegen, der eine Teil sind die Betriebskosten, die heute schon höher sind als die Mieten. Ich glaube, bei den Betriebskosten ließe sich doch einiges senken. Ich habe selbst im Resthof gewohnt und habe immer wieder gesehen, daß die Leute nicht die Heizkörper abdrehen, wenn es zu heiß ist – es wird gut geheizt und das ist auch richtig so – sondern man macht die Fenster auf. Das ist einfach eine Tatsache, jeder sagt, ich bezahle deswegen nicht mehr oder weniger. Hier wäre es bestimmt von Vorteil die individuelle Heizkostenabrechnung. In Steyr gibt es Häuser, wo eine solche Abrechnung stattfindet und das regt den einzelnen Bürger zum Sparen an, wenn er sieht, ich habe zu viel gebraucht, hier kann ich noch einsparen. Genau so ist es beim Wasser. Wasser ist heute in unserer Stadt ein teures Lebenselixier, mit der Kanalbenützungsgebühr dazugerechnet. Auch hier könnte ich mir vorstellen, daß individuelle Abrechnungen auf jeden Fall zusätzliche Einsparungen bringen. Das wäre meine Vorstellung und wie gesagt, wie das Ganze weitergehen soll, ist wirklich besorgniserregend.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wird nicht in dieser kurzen Zeit gehen, um all die Probleme und Fragen, die im

Zusammenhang mit den Wohnungen stehen, hier aufzurollen. Dazu wird ein anderer Zeitpunkt notwendig sein und vor allem mehr Zeit. Ich glaube aber, daß einige Vorschläge, die hier örtlich getroffen werden könnten, so wie es Stadtrat Zöchling vorgebracht hat, sicherlich manches lindern könnten. Aber meine Damen und Herren, wer sich einbildet, mit kleinen Fragen, mit denen wir im Bezug auf das Wohnungsproblem konfrontiert sind, das Wohnungsproblem in Österreich zu lösen bzw. in unserer Stadt, der irrt. Wenn man das Wohnbauförderungsgesetz 1968 hernimmt, das in der Alleinregierung der ÖVP, von Ihrer Partei im Nationalrat beschlossen wurde, das dieses Dilemma hervorgerufen hat. Auch die unzureichenden Novellierungen der darauffolgenden SP-Regierung sind mit schuld daran. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, als ich öfter in einer sehr breiten Darlegung über die Fragen gesprochen habe, da war ein Lächeln da, da ist ja auch noch alles gut gegangen. Es waren zumindest noch Gelder vorhanden auch für die Mietzinsbeihilfe, und mit dieser Beihilfe konnte man die Zinse noch halbwegs auf einem Niveau halten, daß sich auch der kleine oder mittlere Arbeiter oder Angestellte eine solche Wohnung leisten konnte. Nun sieht man aber, und das sage nicht nur ich, sondern es gibt größere Persönlichkeiten, die sich damit beschäftigen, daß man ganz offen sagen muß, diese Wohnbaupolitik, die betrieben wird, ist in eine Sackgasse geraten. Hier können nur große Änderungen helfen. Meine Damen und Herren, es ist überhaupt nicht die Rede davon, als die SPÖ-Regierung, also die Mehrheit im Nationalrat bekam, hat sie versprochen bis heute 100.000 Wohnungen zu errichten. Ja wo sind wir heute, bei ungefähr der Hälfte, also bei ungefähr 55.000 Wohnungen, die jährlich errichtet werden. Und zwar zu einem Preis, den sich viele nicht mehr leisten können. Auf der anderen Seite ist es nur mehr möglich, wenn einer eine solche Neubauwohnung bezieht, diese mit Hilfe der Wohnbauförderung zu finanzieren. Dies zeigt ein Beispiel in unserer Stadt, und zwar spreche ich von den WAG-Mietern in Münichholz in der Sebekstraße, dort hat sich herausgestellt, daß sich 90 % diese Wohnung nicht leisten können, das heißt, daß sie um Mietzinsbeihilfen angesucht haben, um die enormen Mieten von ca. 6.000 Schilling tragen zu können.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man müßte oben beginnen. Es ist richtig, daß wir hier, wo wir unmittelbar konfrontiert sind mit dem Wohnungsproblem, mehr Druck ausüben müssen vor allem auf die Regierung, denn es geht halt nicht, daß man zwar immer sagt, wir sind in einer prekären Situation am Wohnungsmarkt, aber auf der anderen Seite ist man nicht bereit, wie das Bundesbudget 1982 zeigt, zusätzliche Kosten für den Wohnbau zur Verfügung zu stellen. So geht es eben nicht, daß nur die Lasten getragen werden können. Nach der Konzeption dieses Wohnbauförderungsgesetzes, wie es jetzt vorliegt, wird es zu keiner Lösung kommen. Man sieht ja, die Grundkosten steigen, das Finanzierungsproblem der Hochzinspolitik, das sich widerspiegelt bei den Profiten des Bankkapitals, oder darüber hinaus die Superprofite der Bauunternehmungen. Ich glaube auch, daß wir noch ein zusätzliches Problem bekommen werden mit dem vielgepriesenen neuen Mietengesetz. Es wurde von der Mehrheit sehr stark kritisiert, daß die SPÖ so Einschnitte bei den Hausherrn betreibt. Also der Konsens, den man vorher angestrebt hat, dazu ist es nicht gekommen. Aber ich kann heute schon sagen, daß auch dieses Mietengesetz, das von der SPÖ alleine beschlossen wurde, zusätzliche Probleme bringen wird auch in der Althausanierung, in den alten Wohnungen, daß hier enorme Mietzins erhöhungen durchgeführt werden und ins Haus stehen. Ich kann mich erinnern an ein Gespräch vor wenigen Wochen mit einem führenden Mann, der im Justizministerium tätig war und zwei Jahre mit Broda gearbeitet hat am Mietengesetz – da wurde viel herumgedoktert – und vergessen hätte, daß die Wohnsiedlungen, die während der Kriegszeit errichtet wurden – die Neue Heimat, Münichholz, Kohlanger – überhaupt ausgeklammert werden. Das heißt, die Sanierungen, die jetzt durchgeführt werden, gehen nur auf Kosten der Mieter und keine Mietzinsbeihilfen gegeben werden. Es war der Grasser, der dort im Justizministerium gesagt hat, ja meine Herren, was habt Ihr mit diesem Gesetz gemacht? Auf Grund seiner Haltung und Klugheit ist es gelungen, einen Zusatzantrag zum Gesetz sofort einzubringen am 12. November, daß zumindest diese großen Siedlungen einbezogen werden, daß sie Mietzinsbeihilfen bekommen. Sonst hätten wir das auch noch zu bewältigen, daß viele ältere Mieter die neuen Mieten nach der Reparatur nicht mehr zahlen

könnten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Zu diesem Thema möchte noch der Wohnungsreferent sprechen.

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, das Problem des sozialen Wohnbaues ist kein Problem der Stadt Steyr allein. Das wurde von allen bisher bestätigt. Ich kann aber eines unterstreichen, daß es ein Problem ist, das sicher nicht nur uns bekannt ist, sondern das auch in der Bundesregierung sehr wohl wahrgenommen wird. Daß aber verschiedene Entwicklungen auch von dort einfach nicht beeinflussbar sind. Ich denke da an den sehr großen Sektor der Wärmeversorgung, der Energiepreisentwicklung. Hier hat die Bundesregierung – das muß jeder zugestehen – sicher keine Möglichkeit, wesentlich einzuschreiten. Der zweite Faktor ist die Hochzinspolitik, die sich weltweit entwickelt. Auch hier sind irgendwo Grenzen gesetzt, durch die wirtschaftlichen Verbindungen ist auch keine Möglichkeit. Ich darf sagen 1 % Zinserhöhung bedeutet eine Quadratmeterpreiserhöhung um ungefähr 4 Schilling pro Monat. Das sind Beträge, die unwahrscheinlich sind. Hier sind Bestrebungen im Gange, daß für den sozialen Wohnbau auch die Kreditinstitute angehalten werden sollen – die Vorstellungen gehen in diese Richtung – ganz besondere Kreditformen zu installieren. Das wäre also ein Weg, der sicher eine bedeutende Erleichterung bringen würde.

Ich möchte aber auch sagen, daß wir auf dem Sektor der Unterbringung der Wohnungsuchenden in Steyr in Neubauwohnungen bisher eigentlich keine großen Probleme hatten. Die WAG-Wohnungen in Münchenholz, das waren die zuletzt fertiggestellten Wohnungen, waren innerhalb kürzester Zeit besetzt, auch in der Neuschönau war das – mit wenigen Ausnahmen – der Fall. Ich glaube, daß es möglich wäre, mit der Gestaltung der Wohnungen Abhilfe zu schaffen. Ich glaube aber auch, daß das Grundproblem, soweit es österreichintern überhaupt regelbar ist, nur auf legislativer Ebene in irgend einer Form eine Verbesserung erfahren könnte. Das muß man ganz deutlich und klar sagen. Anders ist das nicht möglich. Wir haben seitens der GWG der Stadt Steyr, seitens der Stadt Steyr viele Zuschüsse – es wäre interessant, wenn man diese Zuschüsse ausrechnen würde – die dazu beigetragen haben, die Mieten in Steyr noch in einigermaßen erträglichem Rahmen zu halten. Ich kenne die Probleme der Menschen, die zu uns kommen, die sind wirklich nicht einfach, es hat jeder große Sorgen, weil große Teile des Familieneinkommens – viel mehr als das in früheren Jahren der Fall war – für die Wohnung aufgehen. Es ist natürlich keine Rede davon, Kollege Mausz, daß die Mietzinsbeihilfen auf einmal nicht mehr gewährt werden. Das ist eine gesetzliche Regelung und hier sind die Verpflichtungen entsprechend vorhanden.

Zu den Möglichkeiten des subjektiven Sparens darf ich sagen, daß die Stadtwerke bereits den Auftrag haben, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, daß eine subjektive Wärmemessung in den einzelnen Wohnungen ermöglicht werden soll. Ich glaube, das wäre sicher ein Beitrag – wir sprachen schon öfters darüber, obwohl es organisatorische und technische Probleme gibt – sparen zu helfen. Meine Zeit ist aber leider zu kurz und ich kann nicht entsprechend breit darauf eingehen. Aber es ist trotzdem interessant, darauf hinzuweisen.

Die Rückstände, die Mietenzückstände sind nicht nur bei uns, sondern bei allen anderen Wohnungsgesellschaften, in ähnlicher Form vorhanden. Wir sind hier keine Ausnahme und in manchen Fällen, ja sogar leider in vielen Fällen, liegt die Schuld nicht unbedingt bei uns, sondern sie liegt vielleicht auch beim einzelnen Mieter. Manches Mal versteht man es eben nicht richtig, sich das einzuteilen. Das möchte ich schon sagen. Solche Fälle gibt es nicht wenige. Ich glaube, daß es auch möglich ist, durch Verbesserungen am Bausektor Einsparungen zu erreichen. Ich darf darauf hinweisen, daß die erhöhten Wärmegruppen, die vorgeschrieben sind nach der Wohnbauförderung, zweifellos dazu beitragen werden, daß eine Heizkostensenkung auf Sicht gesehen eintritt, daß also die unmittelbaren

Mehrkosten dadurch aufgehoben werden. Das ist beweisbar und feststellbar, auch in Steyr läßt sich das durchaus nachweisen.

Soweit kann ich das beurteilen. Es wird bestimmt nicht leicht sein. Die Bestrebungen, die wir bisher seitens der Stadt gemacht haben, werden wir fortsetzen müssen, um Verbesserungen zu erreichen. Aber auch unsere Grenzen werden wir in diesem Zusammenhang nicht überschreiten können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke.

Meine Damen und Herren, in meiner Funktion als Bürgermeister steht mir auch eine Wortmeldung zu. Ich möchte bekanntgeben, daß wir seit kurzer Zeit ein Modell überlegen, wie man ohne Wohnbauförderung, auf privater Förderungsbasis, mit einer Finanzierungsgesellschaft etwa, einen Altenwohnbau finanzieren kann. Ich bin sehr neugierig auf das Ergebnis der Ausarbeitung, denn so wie es heute aussieht mit Quadratmeterpreisen von 60 Schilling inklusive Wohnbauförderungsbeiträge ist es ganz logisch, daß Großwohnungen in der heutigen Größenordnung nicht mehr gerne angenommen werden, weil einfach die Einkommensverhältnisse nicht ausreichen. Oder wenn sie ausreichen, eher der Wunsch zum Eigenheim besteht, bevor einer für eine Mietwohnung ca. 6000 Schilling im Monat ausgibt. Die Sonderfinanzierung eines Altenwohnhauses wird von uns ins Auge gefaßt. Vielleicht gelingt es, ein Modell zu finden, das beweist, daß es auch andere Möglichkeiten gibt. Das ist das eine.

Ich bin lange Zeit ein Rufer in der Wüste gewesen, als ich immer wieder bei Gesprächen mit dem Landeswohnbaureferenten, mit Vertretern der Finanzwirtschaft, mit Vertretern von Wohnbauvereinigungen, darauf hingewiesen habe, daß es nicht immer so weitergehen kann, die Wohnungen immer größer und größer zu machen, denn eines Tages wird einfach niemand mehr in der Lage sein, das zu bezahlen. Genau so ist ständig der Wohnkomfort gestiegen und das hat nun dazu geführt, daß die Architekten durch die Ansätze der Wohnbauförderung diese Beträge voll ausgeschöpft haben und daher ist es auch dazu gekommen, daß sie über den Normalstandard, über den in der Wohnbauförderung geforderten Normalstandard hinaus, noch Sonderausstattungen in die Wohnungen gelegt haben, die eigentlich gar nicht einmal von der Wohnbauförderung vorgeschrieben wurden. Wer wird schon hergehen und wird einfach die Wohnung – ich weiß nicht, wie hoch der Förderungspreis gegenwärtig ist pro Quadratmeter – billiger machen, wenn es teurer auch geht. Ich glaube daher, daß es absolut notwendig ist, von dieser etwas überhobenen Vorstellung weg zu gehen, daß einer den anderen übertrumpfen will in der Größe der Wohnung, in der Größe der Wohnräume. Ursprünglich waren es 20 m², dann ist die Größe gestiegen auf 25 und 30 m². Das ist schon schwer beheizbar mit normalen Einkommensverhältnissen. Es wird notwendig sein, wieder kleinere Wohnräume zu schaffen, wenn die Familie entsprechende Größe hat die Unterteilungen müssen kindergerecht erfolgen, aber die einzelnen Räume müssen nicht jene Größenordnungen haben, wie wir sie heute kennen. Ich habe zuerst gehört eine Dreiraumwohnung mit 90 m², früher hat man Dreiraumwohnungen mit 60 m² oder 65 m² gebaut. Solche Wohnungen hatten trotzdem Bad, Küche usw. Ich glaube, ohne rückschrittlich sein zu wollen, daß man im Interesse dieser Entwicklung, die für uns allmählich nicht mehr verkraftbar wird, auch für die Gemeinde nicht, wieder einen Weg finden muß, der von dem, der die Wohnung braucht, annehmbar ist. Wir sollten das auch öffentlich mehrmals unterstreichen, man spricht ja damit auch im Interesse der Mieter, die zu uns kommen bzw. zum Wohnungsreferenten und eine Wohnung wollen.

Sie kommen im Sprechtag auch zu mir, und zwar sind es deren nicht wenige.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu einem nächsten Thema. Die FPÖ will in ihrem Beitrag den Wehrgraben anschneiden. Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

In der heutigen Aktuellen Stunde möchte ich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertees Präsidium, ein Problem etwas näher beleuchten, das zwar schon bei verschiedenen Anlässen am Rande diskutiert wurde, dessen Größenordnung aber offensichtlich

noch nicht bekannt ist. Gerade deswegen, vor allen Dingen für die Betroffenen, aber auch für die Stadtverwaltung in naher Zukunft, wird es von Bedeutung sein. Meine Damen und Herren ich spreche von den geplanten Wohnungsverbesserungs- und -sanierungsmaßnahmen im Stadtteil Wehrgraben. Es wird sicher jedem von Ihnen bekannt sein, daß die Steyr-Werke, denn diese haben den größten Anteil an Wohnbauten in diesem Stadtteil, Fragebogen ausgesandt hat, um zu ermitteln, welche Verbesserungswünsche die dortigen Bewohner haben. Eine sehr positive Entwicklung, die zweifelsohne das an sich gute Wohngebiet, was die Lage im Wehrgraben betrifft, weiter aufwerten wird. Eine Nebenerscheinung dieser Maßnahme ist aber, daß die Anzahl der Wohnungen in diesem Gebiet gesenkt wird und wie man hört werden die Steyr-Werke den Fehlbestand an Wohnungen nicht ergänzen. In diesem Zusammenhang ergeht an die Stadtverwaltung und an Sie, Herr Bürgermeister, die Bitte, in Zusammenarbeit mit den Steyr-Werken Erhebungen durchzuführen, welche Bewohner betroffen sind, welche Anzahl von Bewohnern dort betroffen ist, und Vorbeugemaßnahmen zu treffen, jenem Personenkreis zu helfen und ihnen diese Sorgen abzunehmen. Es wird vor allen Dingen ältere Personen treffen, aber auch solche, die auf Grund ihrer finanziellen Verhältnisse nicht in der Lage sind, diese teuren Wohnungen, wie sie heute angeboten werden, zu bezahlen und zu bewohnen. Das ist sicherlich ein sehr großes Problem, das hat ja das Thema aufgezeigt, das Kollege Holub hier angeschnitten hat und auch die Debattenredner haben dies bestätigt. Gerade deswegen ersuchen wir, in diesem Stadtteil den Bewohnern vorsorglich zu helfen im Sinne einer bürgernahen Stadtverwaltung. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Dazu die SPÖ eine Stellungnahme? Kollege Leithenmayr bitte!

GEMEINDERAT HERMANN LEITHENMAYR:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Nachdem das Thema Wehrgraben angesprochen wurde und auch schon Informationen zu diesem Thema bei der Vorlage des Bebauungsplanes I Wehrgraben gekommen sind, darf ich vielleicht einige Ergänzungen geben und einige Informationsbedürfnisse stillen, die angeregt wurden. Die Steyr-Werke werden im Eysnfeld, der ältesten Arbeitersiedlung Österreichs, Sanierungsmaßnahmen einleiten und der Betriebsrat hat sich seit vielen Jahren schon damit beschäftigt, diese Anregung zu machen und diese wurde jetzt tatsächlich aufgegriffen. Auch von Seiten der Gemeinde wurde immer wieder herangetreten, dort tätig zu werden. Es wurde bei der Generalversammlung der Wohnungsgesellschaft der Steyr-Werke im vergangenen Jahr beschlossen, ein Musterhaus zu errichten, ein Musterhaus zu sanieren. Es stimmt allerdings nicht, nach neuesten Plänen jedenfalls nicht, daß weniger Wohnungen dort kommen sollten, sondern zumindest bei diesem Musterhaus wird man bereits den Trend berücksichtigen zu etwas kleineren Wohnungen. Es wird also nach wie vor in diesen Häusern vier Wohnungen geben, zwei davon werden dreiräumig sein und zwei zweiräumig. Sie werden aber nach dem neuesten Standard, allerdings ohne Heizung ausgerüstet werden und natürlich ergeben sich dabei auch Steigerungen der Mieten. Das ist richtig. In dem Zusammenhang werden jetzt mit den Mietern Gespräche geführt. Die Bewohner dieser Häuser legen allerdings größten Wert darauf und wir als Gemeinderäte im Wehrgraben werden immer wieder bestürmt, daß die Mieter sich neue Fenster hinein machen lassen wollen, weil die derzeitigen Fenster schon sehr altersschwach sind und durchlässig sind. Dadurch gehen natürlich die Heizkosten sehr in die Höhe. Es wurde also schon eine Entscheidung getroffen, die Pläne liegen vor und es wird wahrscheinlich heuer noch, zumindest aber mit Beginn des nächsten Jahres sofort mit der Sanierung des Musterhauses - es ist in der Schwimmschulstraße 4 - begonnen. Das ist das zweite Haus, wenn vom Leitnerberg kommend über die Kalkofenbrücke fährt, rechts. Das ist das eine. Gleichzeitig soll aber auch darangegangen werden, die Fassaden und Fenster in der gesamten Siedlung zu erneuern. Das glaube ich, ist der neueste Stand der Dinge. Wir haben erst gestern zu diesem Thema mit unserer Gebäudeverwaltung ein Gespräch geführt, bei dem auch Kollege Gemeinderat Feuerhuber dabei war.

Es stimmt außerdem nicht, daß die Wohnungen dort weniger würden auf Grund dieser Sanierungsmaßnahmen, und zwar deswegen nicht, weil auch geplant ist, gegenüber dem Arbeiterheim ein Wohnhaus zu errichten, das auch im Plan bereits vorliegt und 36 Wohnungen beinhaltet. Es wird also zu mehr Wohnungen im Wehrgraben kommen. Ich glaube, damit habe ich einigermaßen das Informationsbedürfnis gestillt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir danken für den Beitrag. Wünscht seitens der ÖVP jemand zu sprechen? Kein Beitrag gewünscht. Da sich niemand mehr zu Wort meldet, ist dieser Punkt abgeschlossen. Als nächste Partei ist die KPÖ an der Reihe. Hiezu liegt mir eine Information vor, daß über den Kanonenschießplatz im Hintergebirge gesprochen werden soll. Kollege Treml ich muß in aller Form darauf aufmerksam machen, nach § 16/2 unseres Statutes und 41/1 sind im Gemeinderat auch in der Aktuellen Stunde nur Probleme zu behandeln, bzw. Themen zu behandeln, die in den Wirkungsbereich des Gemeinderates fallen. Ich würde also bitten, ich sehe keinen Zusammenhang zwischen dem Kanonenschießplatz und der Gemeinderatsitzung, dieses Problem befindet sich nicht auf unserem Gemeindegebiet, ein Thema zu suchen, das von uns behandelt werden kann im Sinne des Statutes und der Geschäftsordnung. Bitte Herr Gemeinderat!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bin nach unserem Statut und der Geschäftsordnung nicht verpflichtet, das Thema vorzeitig bekannt zu geben. Ich tat dies, in der Absicht, weil ich der Meinung bin, daß das doch in unseren Wirkungsbereich fällt, auch wenn es sich um ein Problem handelt, das außerhalb unserer Stadtgrenze liegt. Ich bitte daher, daß ich dieses Problem doch vorbringen darf, das ja in einem anderen Zusammenhang steht. Wenn wir nämlich so starr die Auslegung des Paragraphen anwenden, dann hätte man auch zum Beispiel das Wohnungsproblem gesetzmäßig, das ja wirklich nicht in unserem Wirkungsbereich liegt, auch nicht behandeln dürfen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Jetzt muß ich unterbrechen, das Wohnungsproblem ist sicher ausdrücklich Angelegenheit der Gemeinde und daher ist es logisch, daß wir darüber reden müssen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich werde mich trotzdem bemühen in meinen Ausführungen, daß das doch in unseren Wirkungsbereich hineinpaßt und das mehr oder weniger doch statutenmäßig abgedeckt ist. Eines müssen doch alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates einsehen, daß die Zeit, in der wir leben, auch die Bevölkerung auf Grund der Waffenproduktion, auf Grund des Aufrüstens in Ost und West, sehr beeinträchtigt wird.

Meine Damen und Herren, auch wenn sich manche aufregen darüber, so können wir unsere Stadt noch so schön zu einem Schmuckkasterl herausarbeiten, so wie wir es gesehen haben gestern im Fernsehen, so wird es uns aber nichts nützen, wenn wir uns als Gemeindemandatare nicht stärker als bisher hier einsetzen, daß auch eine bestimmte Abrüstung und die Stationierung von Kern- und Neutronenwaffen in Europa verhindert werden und daß die Abrüstung in Ost und West vorgenommen wird. Dazu, meine Damen und Herren, gehört auch, daß in Zukunft auch in Steyr die Umrüstung vor sich gehen sollte, nämlich daß die Militärwaffenproduktion zu einer Friedensproduktion umgelenkt wird. Wenn dabei der eine oder andere unruhig wird, so ist es trotzdem eine Tatsache, daß auf Grund ...

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

.. der Militärwaffenproduktionsgegner auch unsere Bundesregierung in der Richtung bereits reagiert hat und auch die Ausrichtung gibt, auf Perspektive eine schrittweise Produktionsumlenkung auf Friedensproduktion zu führen. Das ist sehr wesentlich für uns, nämlich für uns Steyrer, weil auch Steyr mit beteiligt ist an dieser Militärwaffenproduktion, die auch in Zukunft sicherlich nicht die Arbeitsplätze sichern wird und dadurch auch die Stadt Steyr sonst in Schwierigkeiten käme, weil ein großes Abhängigkeitsverhältnis besteht.

Hier besteht ein Zusammenhang auch mit der Errichtung des neuen Schießplatzes im Hintergebirge, weil man dort einen Kanonenschießplatz errichtet und, wie Sie wissen, meist diese Kanonen irgendwo auf ein Gerät montiert werden und auch hier ist Steyr mit beteiligt. Wir sind der Auffassung als Kommunisten, daß wir auch hier einen Beitrag leisten sollen, dem nicht weiter Vorschub zu leisten, sondern zu verhindern, daß weitere Schießplätze, Kanonenschießplätze in der Steyrer Region errichtet werden, weil wir der Auffassung sind, daß man bisher schon mit dem Vorhandenen das Auslangen gefunden hat.

Gleichzeitig glaube ich, daß es auch ein Problem der Stadt Steyr ist, weil ja dieses Gebiet Hintergebirge doch auch zum Naherholungsgebiet unserer Region gehört. Daher haben wir auch etwas mitzureden und sind eben der Auffassung, daß man dieses Erholungsgebiet ausbauen soll, daß man es weiter erschließen soll als Erholungsgebiet und nicht verwenden soll als Kanonenschießplatz, wo es nach meiner Meinung genügend ausreichende Plätze gibt in Molln oder auch am Dachstein, diese Übungen, wenn sie wirklich notwendig sind, durchzuführen. Zumindest dorthin zu verlegen und nicht in das Hintergebirge, das zu unserem Naherholungsgebiet zählt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Beitrag ist mit Zeitüberzug abgeschlossen. Ich frage die SPÖ um eine Wortmeldung? ÖVP? FPÖ? Es liegen keine Wortmeldungen dazu vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde abgeschlossen.

Meine Damen und Herren ich danke Ihnen für die Mitwirkung an der heutigen Sitzung. Sie haben Beschlüsse getroffen im Ausmaß von 16,289.000 Schilling. Ich danke Ihnen für das Hiersein und schließe die heutige Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.40 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Roman Eichhübl e. h.
Dkfm. Helmut Zagler e. h.